ZURÜCK AN DIE SPITZE!

Dein Wahlprogramm für die

ABSOLUTE MEHRHEIT 2016

www.deinwahlprogramm.de

JU JUNGE UNION BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederoffener Landestag 28. März 2015 Mühlheim a. d. D.

ZURÜCK AN DIE SPITZE!

Dein Wahlprogramm für die

ABSOLUTE MEHRHEIT 2016

Beschlossen am außerordentlichen Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg
am 28. März 2015 in Mühlheim an der Donau

Inhaltsverzeichnis

Präambel ... 5
1. Finanzen ... 6
   1.1. Schulden und Schuldenabbau ... 6
   1.2. Steuern und Abgaben ... 7
   1.3. Land und Kommunen ... 7
   1.4. Föderalismus und Länderfinanzausgleich ... 8
2. Bildung, Jugend und Sport ... 9
   2.1. Schulen und allgemeinbildendes Schulwesen ... 9
   2.2. Berufliche Bildung ... 11
   2.3. Lehrerbildung ... 11
   2.4. Zukunft der Schule ... 12
3. Wissenschaft und Forschung ... 14
   3.1. Hochschulfinanzierung und Rahmenbedingungen ... 14
   3.2. Studienablauf ... 15
   3.3. Innovationsförderung ... 16
4. Innenpolitik und Integration ... 17
   4.1. Polizei ... 17
   4.2. Sperrzeiten und Alkoholverbote ... 18
   4.3. Zuwanderung und Integration ... 18
   4.4. Flüchtlinge und Asyl ... 18
   4.5. Extremismus ... 19
5. Verkehr, Bauen und Wohnen ... 20
   5.1. Bundesverkehrswegeplan ... 21
   5.2. Straßenbau ... 21
      5.2.1. Autobahnen ... 21
      5.2.2. Bundesstraßen ... 21
      5.2.3. Landstraßen und kommunaler Straßenbau ... 22
      5.2.4. Verkehrsleitsysteme ... 22
      5.2.5. Radwege ... 22
   5.3. Schienenverkehr ... 22
   5.4. Flugverkehr ... 23
   5.5. Wasserstraßen ... 23
   5.6. Mobilität für Jung und Alt ... 23
   5.7. Bauen und Wohnen ... 24
6. Umwelt und Energie ... 26
   6.1. Umwelt- und Klimaschutz ... 26
   6.2. Energiewende ... 27
      6.2.1. Erneuerbare Energien ... 27
      6.2.2. Speichertechnologien ... 27
      6.2.3. Forschung und Entwicklung ... 28
      6.2.4. Netzausbau ... 28
      6.2.5. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ... 28
   6.3. Energieeffizienz ... 28
7. Arbeit, Soziales und Familie ... 30
   7.1. Vereinbarkeit von Beruf und Familie ... 30
   7.2. Familie ... 30
   7.3. Jung und Alt gemeinsam ... 30
   7.4. Inklusion ... 31
8. Lä ndlicher Raum und Landwirtschaft ... 32
   8.1. Leben im Ländlichen Raum ... 32
   8.2. Landwirtschaft für unser Land ... 33
   8.3. Baden-Württemberg: Urlaub im eigenen Land ... 34

9. Justizpolitik 35
10. Wirtschaft, Digitalisierung und digitale Infrastruktur 37
10.1. Digitalisierung und Industrie 4.0 37
10.2. Digitale Infrastruktur 38
10.3. Wirtschaft und Wirtschaftsförderung 38
10.4. Existenzgründung und Gründungsklima 39
Anhang zu Kapitel 5 40
A1. Autobahnen 40
A2. Bundesstraßen 41
A3. Schienenverkehr 42

Autoren des Leitantrags

Stefan Buhmann, Katharina Burger, Philipp Bürkle, Katharina Dörr, Mark Fraschka, Sylvia Gaiser, Fabian Gramling, Hannes Griepentrog, Frederik Hübl, Alan James-Schulz, Fabian Kemmer, Alexandra Knoth, Dominik Koblitz, Matthias Kutsch, Michael Lehmann, Andreas Lins, Nikolas Löbel, Nils Melkus, Christian Mildenberger, Christian Natterer, Valérie Neumann, Moritz Oppelt, Andreas Rückle, Ronja Schmitt, Bastian Schneider, Frank Schönhöfer, Markus Schuster, Thomas Schwenke, Lorenz Siegel, Norbert Strohmaier, Mischa Waldherr, Simon Weißenfels, Maria-Lena Weiss, Lars Weller

Weitere Einsender von Ideen auf www.deinwahlprogramm.de

Kathrin Ackermann, Michael Armbruster, Stefan Baur, Tobias Bencsik, Patrick Bieg, Alexander Biel, Felicitas Böhm, Florian Böhm, Nico Bolsinger, Sylvia Theresia Bolsinger, Sven Bolwin, Stephan Borg, Jonas Braunsteffer, Benedikt Buggle, Remo Bühler, Oliver Crocoll, Katharina Csik, Dominique Dethier, Andreas Dürr, Aaron Ebeling, Marcel Eckhardt, Max Ehrmann, Johannes Engstler, Markus Ergün, Daniel Fabian, Tobias Fank, Maximilian Fiel, Jan-Steffen Fischer, Kai-Benedikt Frank, Simon Freisler, Moritz Frey, Patrick Frühwirt, Maximilian Geier, Daniel Gerjets, Christian Göckel, Lisa Gradow, Maximilian Gräser, Sonja Grässle, Marius Gschwendtner, Sina Gund, Raphael Heim, Matthias Heindl, Leander Heisterberg, Johannes Henle, Rico Herrmann, Caroline Heß, Marco Hess, Felix Horn, Maximilian Ilzhöfer, Timo Kaiser, Dennis Kiener, Florian Kieser, Simon Klass, Lars-Stephan Klein, Sandra Knezevic, Salahdin Koban, Samuel Kohler, Daniel Konzelmann, Felix Krones, Robert Kuncewicz, Judith Kunz, Christian Laier, Juliane Langguth, Kilian Lanig, Theresia Lanig, Valérie le Maire, Samuel Lerch, Andreas Lins, Alina Lörz, David Lüllemann, Marius Mahl, Benjamin Maier, Fabian Mangold, Ulrike Maurer, Andreas Meister, Till Menke, Matthias Mischo, Silke Mittnacht, Simon Müller, Moritz Nann, Christian Nathan, Philipp Neidhold, Jörg Niethammer, Thomas Pauli, Marc Radlmair, Leonhard Reinwald, Thomas Rembold, Benedikt Rennekamp, Robin Repnow, Laura Richter, Alexander Rieger, Patrick Saiger, Regina Sauter, Nico Schäffauer, Jan-Philipp Scheu, Jonathan Schilling, Michael Schimpf, Dominik Schlechtweg, Markus Schoor, Marc Schroedter, Markus Schüttler, Lena Schwelling, Marco Schwörer, Dominique Sigwart, Anja Sobkowiak, Moritz Stoll, Markus Strobel, Michael Tauch, Melanie Thelemann, Sven Tiefenbacher, Tobias Trösch, Hannah Uhlenbruck, Sophie Uhlmann, Benjamin Völkel, David von Prondzinski, David Wagner, Christian Waibel, Dominik Waller, Stefan Walter, Axel Wältz, Marc Weber, Florian Weidlich, Johannes Weiland, Philipp Sebastian Weinmann, Lars Weller, Christoph Wichmann, Norman Wiechmann, Gebhard Woll, Fabian Zahlecker, Manuel Zehrer, Christian Zok

Präambel

Am 27. März 2011 hat die CDU Baden-Württemberg die Regierungsverantwortung verloren. Erstmals seit 58 Jahren stellen wir nicht mehr den Ministerpräsidenten. Obwohl die CDU nach wie vor die größte Fraktion im Landtag bildet, können wir unsere Ideen gegen die grün-rote Mehrheit nicht mehr durchsetzen.

Die grün-rote Landesregierung hat kaum eine Gelegenheit ausgelassen, Baden-Württemberg ohne Rücksicht auf Verluste in ihrem Sinne umzugestalten. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode wurden in den Ministerien zahlreiche Posten geschaffen, die offenbar primär dazu dienten, Parteimitglieder zu versorgen. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat unsere guten Hauptschulen mit ihren erfolgreichen pädagogischen Konzepten zerstört und zu großen Schwierigkeiten bei Realschulen und Gymnasien geführt. Die Polizeistrukturreform hat dafür gesorgt, dass große Teile unserer Polizei mit sich selbst beschäftigt waren, anstatt ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen zu können. Geld wurde in einem Maße ausgegeben, als gäbe es keine junge Generation – und auf der anderen Seite gelang es Grün-Rot mehrfach nicht, Bundesmittel vollständig abzurufen. Und nicht zuletzt am Beispiel des Nationalparks Nordschwarzwald hat man gesehen, dass die angebliche „Politik des Gehörtwerdens“ von Grün-Rot offenbar nur dann befolgt wird, wenn der Bürgerwille in das eigene politische Konzept passt.

Wenn es uns 2016 gelingen sollte, zurück an die Spitze der Landesregierung zu kommen, werden wir dies nicht alles ungeschehen machen können. Aber wir können unseren Beitrag dazu leisten, dass Baden-Württemberg wieder zurück an die Spitze kommt – und zwar nicht beim Schuldenmachen, wo sich heute Grün-Rot in Baden-Württemberg und Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen trotz Rekordsteuereinnahmen um den Titel des Schuldenkönigs streiten. Wir wollen, dass unsere Bildung wieder spitze ist. Wir wollen, dass unsere Polizei wieder spitze ist. Und wir wollen, dass unsere Wirtschaft spitze bleibt und ihr nicht von Grünen und Roten weiter Steine in den Weg gelegt werden. Dabei kämpfen wir nicht für eine bestimmte Koalition, sondern für 100 Prozent CDU-Politik. Unser Ziel ist die absolute Mehrheit, um Baden-Württemberg wieder ohne ideologische Scheuklappen im Sinne der Menschen gestalten zu können.

Wenn man dem Machtverlust der CDU etwas Gutes abgewinnen kann, dann ist es, dass die CDU die Oppositionsrolle genutzt hat, um erste Schritte der Erneuerung zu gehen und ihre Mitglieder und Vereinigungen wieder ernster zu nehmen. Es wird unsere Aufgabe als Junge Union sein, uns kraftvoll und geschlossen in das Wahlprogramm der CDU Baden-Württemberg einzubringen. Es liegt in unserer Verantwortung, dass Zukunftsthemen hier nicht zu kurz kommen und dass die CDU ein generationengerechtes Wahlprogramm aufstellt. Unser „junges Wahlprogramm“ zeigt, wie wir als Junge Union uns die Zukunft Baden-Württembergs unter einem CDU-Ministerpräsidenten Guido Wolf vorstellen.

1. Finanzen

Das oberste finanzpolitische Ziel der Jungen Union Baden-Württemberg ist die Beendigung der Verschuldungspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Die im Jahr 2008 unter Ministerpräsident Günther Oettinger in Baden-Württemberg eingeführte Schuldenbremse war ein Meilenstein hin zu einer generationengerechten und nachhaltigen Finanzpolitik.
Vor diesem Hintergrund stehen alle Forderungen dieses Papiers unter Finanzierungsvorbehalt. Die schwarze Null und gegebenenfalls der Schuldenabbau müssen oberste Priorität haben.

1.1. Schulden und Schuldenabbau

Trotz historisch hoher Nettosteuereinnahmen hat es die grün-rote Landesregierung in ihrer Regierungszeit weder geschafft, Schulden abzubauen, noch, ohne neue Schulden auszukommen. Sie hat den Schuldenberg seit 2011 bisher um weitere drei Milliarden Euro erhöht und möchte ihn bis zum Ende der Legislaturperiode um weitere rund 800 Millionen Euro oder mehr wachsen lassen.
Die Junge Union Baden-Württemberg setzt sich für eine nachhaltige, generationengerechte und solide Haushaltspolitik ab 2016 ein. Dazu fordern wir:

- innerhalb des ersten Jahres der kommenden Legislaturperiode einen festen Zeitplan zur systematischen Entschuldung vorzulegen.
- Verbindlichkeiten aus Sondervermögen und künftige Pensionsverpflichtungen im Landeshaushalt entsprechend auszuweisen. Erstmalig sollen die Verbindlichkeiten in einer „Kassensturzerklärung“ ausgewiesen werden.
- Überschüsse aus Vorjahren konsequent zur Absenkung der ggf. in der mittelfristigen Finanzplanung vorhandenen Deckungslücken oder zur Kreditmarktschuldentilgung zu nutzen.
- eine ergebnisoffene Prüfung sämtlicher Haushaltsausgaben.
- den Anstieg des Ausgabenvolumens nach dem Beispiel von Bayern prozentual in Höhe der Inflationsrate des Vorjahrs, aber maximal 3 %, zu beschränken.
- einen Aufbau einer ziel- und wirkungsorientierten Haushaltssteuerung. Die staatlichen Ausgaben sollen sich stärker an der Erreichung der gewünschten politischen Ziele und ihren Wirkungen messen und entsprechend steuern lassen.
- Ausgaben stärker nach Investitionen und Konsumausgaben zu unterscheiden. Nur „tatsächliche“ Investitionen dürfen auch als solche haushalterisch veranschlagt werden. Der Investitionsbegriff muss enger ausgelegt werden.
- die Subventionen durch Investitionszulagen zu ersetzen. Eine zielgerichtete Förderung ist für die Haushaltskonsolidierung unerlässlich.
- die von Grün-Rot beschlossene und umgesetzte Absenkung der Eingangsbesoldung für junge Beamte aufzuheben, da sonst der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg in den

kommenden Jahren Probleme bei der Nachwuchskräftegewinnung bekommen wird. Die starre Besoldung der Landesbeamten soll um eine leistungsabhängige Komponente ergänzt werden.

1.2. Steuern und Abgaben

Die Abgabenquote, der Anteil von Steuern und Sozialabgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP), lag in Deutschland 2013 bei rund 40 Prozent. Die junge Generation, Hauptbeitragszahler von morgen, darf nicht infolge einer exorbitanten Abgabenquote erdrückt werden.

- Die kalte Progression führt bei vielen Steuerzahlern zu einer steigenden Steuerlast. Steigende Einkommensteuer und die Inflation lassen bei Gehaltssteigerungen das Gehaltsplus im Geldbeutel deutlich schrumpfen. Leistung muss sich auszahlen. Deshalb fordern wir die Abschaffung der kalten Progression. Hierfür haben sich die baden-württembergischen Vertreter im Bundesrat einzusetzen.
- Die Grunderwerbssteuer muss wieder gesenkt werden. Die Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte auf 5,0 Prozent trifft vor allem junge Familien, welche sich mit einem Eigenheim ihre Existenz für morgen aufbauen möchten.
- Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die Abschaffung des Solidaritätszuschlags im Jahr 2019.
- Wir fordern, den Bundesländern anstelle eines fixen Anteils an der Einkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer ein Hebesatzrecht auf diese zuzugestehen.

1.3. Land und Kommunen

Baden-Württemberg ist mit rund 1.100 Gemeinden das Land der kleinen und mittleren Gemeinden. Lediglich neun Städte haben mehr als 100.000 Einwohner. Die kommunale Selbstverwaltung ist in Baden-Württemberg fest verankert und hat sich seit Jahrhunderten bewährt.

- Die Junge Union Baden-Württemberg setzt sich für Haushalte ohne neue Schulden ein – auch in Städten und Gemeinden. Sparanstrengungen von Kommunen dürfen nicht durch Kürzungen von nicht abgerufenen Mitteln bestraft werden.
- Eine nachhaltige Haushaltspolitik von Kommunen muss honoriert werden. Anreiz könnte die Verleihung eines entsprechenden Preises auf Landesebene sein. Die mediale Aufmerksamkeit kann die Wertschätzung der Bürger für sparsames Haushalten erhöhen.
- Die 44 Land- und Stadtkreise sind gerade für den Erhalt der Grundversorgung von besonderer Bedeutung. Die Grundversorgung ist in Großkreisen nicht ausreichend zu gewährleisten, daher lehnen wir eine grundlegende Verwaltungsstrukturreform vor allem bei kommunalen Dienstleistern (Wasser-, Strom-, Abfallwirtschaft) ab.

1.4. *Föderalismus und Länderfinanzausgleich*

Die Junge Union Baden-Württemberg sieht leistungsstärkere Bundesländer in der Pflicht, einen Beitrag zur Solidargemeinschaft zu leisten. Die Unterstützung von leistungsschwächeren Bundesländern muss jedoch durch Leistungsanreize erfolgen – denn Leistung muss sich lohnen.

- Der Länderfinanzausgleich muss reformiert werden. Allein Baden-Württemberg hat seit 1950 über 60 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt und zu keinem Zeitpunkt auch nur einen Cent erhalten. Bei dieser Ausgangslage muss man sich schon fragen, ob es sich hier um eine ausgeglichene Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung handelt. Deshalb fordern wir als Junge Union den Länderfinanzausgleich zu einem modernen Finanzausgleichssystem umzugestalten, welches leistungs- und anreizgerecht ist. Ebenso sollten Bundesländer, die bestrebt sind, die strukturelle Verschuldung abzubauen, einen Vorteil aus dem Länderfinanzausgleich haben. Nehmerländer sollten ihren Bürgern keine Erleichterungen gewähren, für welche in Geberländern eine Gebühr verlangt wird (z. B. kostenlose Kindergartenplätze). Dies erfordert insbesondere eine Überprüfung der „fiktiven Einwohnerzahlerhöhung“ von rund 35 % in den Stadtstaaten.
- Wir fordern den Solidarpakt im Jahre 2019 auslaufen zu lassen und nicht mehr zu verlängern. Bis dahin sollte der infrastrukturelle Nachholbedarf und damit der Aufbau Ost abgeschlossen sein.
- Die Junge Union Baden-Württemberg fordert den Zusammenschluss von leistungsschwachen Bundesländern mit benachbarten Bundesländern.
- Baden-Württemberg soll sich der Klage von Bayern und Hessen gegen den Länderfinanzausgleich anschließen.

2. Bildung, Jugend und Sport

Wir wollen, dass junge Menschen eigenverantwortlich ihr Leben nach ihren Vorstellungen und Ideen gestalten können. Statt Hindernisse durch sinnlose Verbote zu schaffen, wollen wir Chancen und Perspektiven eröffnen und Jugendliche an politischen Prozessen beteiligen. Wir setzen uns für gute Mobilität, die Förderung von ehrenamtlichen und sportlichen Aktivitäten und beste Bildung für jeden Schüler ein.

Für uns hat Schule primär einen Bildungs- und keinen Erziehungsauftrag. Aber wir erkennen auch an, dass Schule dort, wo Familie und Eltern sich nicht genügend um die Erziehung ihrer Kinder kümmern können oder wollen, der Staat in Form von verlässlichen Angeboten zu Ganztagsschule und -betreuung aktiv werden muss, um auch diesen Kindern gute Bildungs- und Karrierechancen schaffen zu können. Als JU stehen wir zu einem differenzierten Schulsystem der vielen Wege statt einem Bildungsweg für alle. Wir wollen nicht das Abitur für alle, sondern einen jeweils passenden Schulabschluss für jeden Einzelnen auf einem jeweils angemessenen und durchaus hohen Niveau. Wir wollen individuelle Förderung ab der frühkindlichen Bildung. Diese Ziele erreichen wir nur durch bestens ausgebildete Lehrkräfte. So können junge Menschen Chancen ergreifen und ihre Zukunft gestalten. Um dies zu erreichen, braucht Bildungspolitik Verlässlichkeit. Als Junge Union treten wir an, um das grün-rote Bildungschaos zu beenden. Wir wollen Schülern, Eltern und Lehrern wieder mehr Sicherheit bieten.

2.1. Schulen und allgemeinbildendes Schulwesen

- Als Junge Union wollen wir den Eltern Sicherheit bei der Findung der weiterführenden Schulart geben. Dabei steht das Wohl des Schülers klar im Mittelpunkt. Wir fordern einen rechtssicheren Leistungsnachweis für die weiterführenden Schulen. Maßgeblich soll hier der Notendurchschnitt der Fächer Deutsch, Mathematik und MeNuK (Fächerverbund Mensch, Natur und Kultur) sein. Dabei sollen Deutsch und Mathematik als Kernfächer mit jeweils 40 % und MeNuK mit 20 % gewichtet werden. Zur Gewährleistung der Rechtssicherheit bedarf es eines klaren Rahmens, der Schülern und Eltern eine sichere Orientierung bietet. Für diesen Rahmen erachten wir für das Gymnasium einen Notendurchschnitt von 1,0 – 2,0, für die Realschule 2,0 – 3,0 und für die Werkrealschule / Gemeinschaftsschule ab 3,0 für sinnvoll. Grundsätzlich schätzen Eltern ihre Kinder selbst am besten ein. Daher fordern wir zusätzlich ein verpflichtendes Gespräch zwischen den Eltern und dem Klassenlehrer der Grundschule. Sollten Eltern und Klassenlehrer gemeinsam zu einer anderen Einschätzung als der Notenschlüssel kommen, ist dieser gemeinsamen Einschätzung zu folgen. Im Anschluss daran muss für den Schüler die Möglichkeit gegeben sein, über einen Aufnahmetest die jeweilige Wunschschulart zu

erreichen. Erst im Anschluss daran soll eine Klage vor dem Verwaltungsgericht zulässig sein.

- Die Durchlässigkeit im baden-württembergischen Schulsystem war Markenzeichen unionsgeführter Bildungspolitik. Der Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss“ muss in Zukunft wieder verstärkt gelten. Die Wahl der weiterführenden Schule darf keinesfalls eine Sackgasse darstellen. Das gegliederte Schulsystem muss dem Schüler jederzeit die bestmögliche individuelle Förderung bieten.
- Die bestehenden nachgefragten Gemeinschaftsschulen sollen erhalten bleiben, jedoch ab dem Schuljahr 2016/2017 keine neuen geschaffen werden. Die Gemeinschaftsschulen müssen ohne finanzielle Vorzüge in einem fairen Wettbewerb mit anderen Schulen stehen und durch die Einführung von Bildungsgängen und Notengebung modifiziert werden. Für uns ist dabei klar: Gemeinschaftsschulen erhalten keinen gymnasialen Zug.
- Die Realschulen müssen wieder ein stärkeres Gewicht in der Schulpolitik bekommen und wieder mehr gefördert werden. Die zukünftige Landesregierung muss die Wertigkeit und Wichtigkeit dieser Schule besser kommunizieren.
- Der europäische Gedanke muss stärker im gesamten Schulsystem verankert werden. Dazu bedarf es des Austauschs innerhalb von Schulen in Europa, der Aufnahme in den Lehrplan und interessierter und kompetenter Lehrer, denn ein friedliches und erfolgreiches Europa fängt im Klassenzimmer an.
- Wir fordern die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9. Hierfür ist eine verstärkte Förderung der beruflichen Gymnasien nötig, da sie einen Abiturabschluss nach neun Jahren ermöglichen und somit für Bildungsdurchlässigkeit sorgen. G8 und G9 sollen dabei die identischen Kompetenzen und Lerninhalte vermitteln.
- Wir stehen zum Erhalt der Sonderschulen als eigenständige Schulform, um allen Schülern eine bestmögliche Förderung zukommen lassen zu können.
- Die Ganztagsschule soll eine Chance und ein Angebot darstellen. Sie darf jedoch nicht in verpflichtender Form über das Entscheidungsrecht der Familie gestellt werden. Deshalb setzen wir uns für eine offene Form der Ganztagsschulen unter Einbeziehung von Vereinen und Ehrenamtlichen ein.
- Wir fordern eine Stärkung des Wirtschaftsunterrichts an allgemeinbildenden Gymnasien.
- Echte Wahlfreiheit besteht aus einem vielfältigen Angebot. Neben bedarfsgerechten Ganztagesangeboten muss es landesweit ausreichende außerschulische Schulkindangebote geben, die weiterhin vom Land finanziell unterstützt werden. Zur Stärkung der Wahlfreiheit entlang des tatsächlichen Bedarfs der Kinder mit Behinderungen fordern wir eine verpflichtende, ausführliche Beratung durch die sonderpädagogischen Beratungsstellen.
- An Grundschulen darf nicht mehr nach der Methode „Schreiben nach Gehör“ unterrichtet werden.

2.2. Berufliche Bildung

Grün-Rot ist getrieben von einem Akademisierungswahn. Den Wert einer Gesellschaft nur anhand ihrer Abiturienten- und Hochschulabsolventenzahl abzulesen, ist der falsche Weg.

- Die Junge Union fordert einen eigenen Schulentwicklungsplan für die Berufsschulen im dualen System bei landesweiter Beibehaltung des Fachklassenprinzips.
- Wir müssen die beruflichen Schulstandorte im Ländlichen Raum auch bei sinkenden Schülerzahlen sichern und als regionale Kompetenzzentren etablieren. Hierzu soll auch die Zusammenarbeit zwischen den Schulen erleichtert werden.
- Wir fordern die Rückkehr zu Kleinklassen an beruflichen Schulen, da deren Schließung durch die grün-rote Landesregierung eine eindeutige Benachteiligung der beruflichen Bildung darstellt.
- Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels muss die Attraktivität der beruflichen Ausbildung wieder gestärkt werden. Die jungen Menschen sollen erkennen, welche Chancen die Berufsausbildung mit sich bringt. Die berufliche Weiterbildung soll dabei stärker in den Fokus rücken, um die Entwicklungschancen im Beruf aufzuzeigen.
- Die neue Landesregierung muss sich klar dazu bekennen, dass andere Schulabschlüsse nicht nachrangig gegenüber dem Abitur behandelt werden und das Abitur als Zugangsvoraussetzung in der beruflichen Bildung nicht die Regel wird.
- Wir bekennen uns klar zum Gesellen-Meister-System.
- Die beruflichen Gymnasien müssen weiter unterstützt und entwickelt werden. Fast jedes dritte Abitur wird an beruflichen Gymnasien erworben. Damit sind diese ein wichtiger Faktor bei der Betrachtung der Durchlässigkeit unseres Schulsystems. Außerdem bereiten sie durch ihre Profile bestens auf eine Ausbildung oder ein Studium vor.

2.3. Lehrerbildung

Die Junge Union Baden-Württemberg setzt sich für eine bessere Vorbereitung angehender Lehrer auf den Beruf ein.

- Mit der Einführung des Bachelor- und Mastersystems in den Lehramtsstudiengängen in Baden-Württemberg stellen sich neue Herausforderungen für die Praxisphasen an den Schulen. Lehramtsstudierende müssen schon im Bachelorstudium mit ihrem potenziellen späteren Arbeitsumfeld in Berührung kommen, um die Entscheidung für oder gegen einen M. Ed. (Master of Education) zu erleichtern. Gleichzeitig muss das Fachwissen innerhalb des Bachelorstudiums maximiert werden, um den Übergang in andere Masterstudiengänge als den M. Ed. zu ermöglichen. Deshalb fordern wir:
    - Die Beibehaltung des vierwöchigen Orientierungspraktikums innerhalb der ersten beiden Semester mit erstem eigenem Unterricht.

    - Vier Wochen Schulpraxissemester im fünften Bachelorsemester, bei der im Rahmen des bisher angeeigneten Wissens in überschaubarem Rahmen selbst Unterricht geleitet wird.
    - Zehn Wochen Schulpraxissemester im zweiten Mastersemester.
- Wir wollen mehr Pflichtkurse vor allem im didaktischen Bereich; auch Seminare zur Gesprächsführung mit Schülern und Eltern sind zu begrüßen. Das gute fachwissenschaftliche Niveau der höheren Lehrerausbildung darf dabei keinesfalls verwässert werden.
- Für die Praxissemester im Bachelor- und Masterstudium schlagen wir ein System mit festen Mentoren vor, um eine bestmögliche Einbindung des Praktikanten in den Unterricht zu gewährleisten.

2.4. *Zukunft der Schule*

- Der Bildungsplan muss weiterhin klare Lernziele vorgeben. Der offene Dialog mit Hochschulen und Wirtschaftsverbänden ist dabei unabdingbar, um die schleichende Entwertung aller Abschlüsse aufzuhalten. Eine ideologische Überfrachtung des Bildungsplans ist abzulehnen, da sie von inhaltlichen Fragen ablenkt. Nach einem Regierungswechsel ist der Bildungsplan in diesem Sinne neu zu fassen.
- Erreicht ein Schüler die festgelegten Ziele nicht, muss auch in Zukunft die Möglichkeit erhalten bleiben, ihn im eigenen Interesse das jeweilige Schuljahr wiederholen zu lassen.
- Um den Herausforderungen im Schulbereich erfolgreich begegnen zu können, fordern wir die bedarfsgerechte Versorgung mit mehr Schulsozialarbeitern. Lehrer sollen sich weitestgehend auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
- Um die Schüler individuell betreuen und fördern zu können, muss der von Grün-Rot eingefrorene Klassenteiler wieder schrittweise durch Nutzung der demographischen Rendite gesenkt werden, wovon alle Schularten gleichermaßen profitieren müssen.
- Die Verbeamtung von Lehrern wollen wir beibehalten. Allerdings halten wir es für sinnvoll, die Bedingungen für angestellte Lehrer zu verbessern. In Zukunft muss nach Möglichkeit außerdem verlässlicher kommuniziert werden, wie viele Lehrkräfte zu welchem Zeitpunkt wo gebraucht werden. Auf Ausfälle muss schneller und flexibler als bisher reagiert werden können. Ebenso ist es nicht hinnehmbar, dass angestellte Lehrer zu Beginn der Sommerferien entlassen und dann zum neuen Schuljahr erneut eingestellt werden.
- Um auch langfristig die Qualität des Schulunterrichts zu gewährleisten, fordern wir verpflichtende Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrer.
- Wir stehen zur Beibehaltung des bisherigen Besoldungsgefüges mit der Eingruppierung in unterschiedliche Besoldungsgruppen von Grund-, Hauptschul-, Realschul-, Gymnasial- und Sonderschullehrer.

- Wir setzen uns für den bestehenden breiten Fächerkanon an den Schulen ein. Das neu geschaffene Fach NWT darf auch in Zukunft nicht auf Kosten des anderen naturwissenschaftlichen Unterrichts ausgebaut werden. Weil wirtschaftliche Themen aber immer wichtiger werden, fordern wir das Fach Wirtschaft an den allgemeinbildenden Schulen auszubauen. Damit Schule auf das spätere Leben vorbereitet, sollten im Rahmen des Faches Wirtschaft auch lebensnahe Finanz- und Rechtsfragen sowie volkswirtschaftliche Aspekte thematisiert werden. Zudem wollen wir die Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen verstärken. In diesem Zusammenhang sollte der Kontakt und die Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen in Hinblick auf Praktika und Berufsorientierung im Rahmen der Initiative Schule und Wirtschaft verstärkt werden.
- Im Zuge der Digitalisierung wollen wir unser Bildungssystem zukunftsfest machen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Schulen im Land mit digitaler Technik ausgestattet werden. Die Landesregierung sollte die Kommunen mit einer Initiative unterstützen, um Schritt für Schritt die Schulen mit E-Tafeln, Laptop- und Tabletklassen ergänzend zu den konventionellen Lernmaterialien auszurüsten. Neue Medien, die enorme Chancen und Potenziale in Hinblick auf Pädagogik und Fachdidaktik bieten, müssen im Unterricht selbstverständlich werden. Deshalb müssen Lehrkräfte verstärkt im Bereich der neuen Medien fortgebildet werden. Des Weiteren wollen wir einen modernen Unterricht in Medienkompetenz, um Schüler im kritischen Umgang mit neuen Medien zu schulen und sie so auf die Berufswelt vorzubereiten. Die fachliche Bildung und die Vermittlung von Allgemeinwissen darf darunter jedoch nicht leiden. Desweiteren legen wir auch in Zeiten des digitalen Schriftgebrauchs großen Wert auf das Erlernen der Handschrift. Die Handschrift stellt die Basis für die Entwicklung individueller Ausdrucksweise dar, welche durch Spracherkennungs- und Korrekturprogramme der digitalen Schreibmedien immer stärker zurückgedrängt wird.
- Informationstechnische Grundbildung soll künftig in den Klassenstufen 9 und 10 (G9: 10 und 11) nicht mehr an ein anderes Fach angedockt sein, sondern als eigenes Fach durch hinreichend qualifizierte Lehrer – wo möglich, durch grundständig ausgebildete Informatiklehrer – unterrichtet werden. Die ITG-Note muss in den Klassenstufen 9 und 10 (G9: 10 und 11) separat in den Zeugnissen ausgewiesen werden. Für die Schüler, die in den Klassen 10 bis 12 (G9: 11 bis 13) keinen Kurs in Informatik belegen, muss die Note aus Klassenstufe 10 auch, analog zu den abgewählten Sprachen und Naturwissenschaften, im Abiturzeugnis vermerkt werden.

3. Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung sind entscheidende Standortfaktoren für unser Land. Die vielfältige Hochschullandschaft Baden-Württembergs mit den Universitäten und Universitätsklinika, den Kunst- und Musikhochschulen, den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, den Pädagogischen Hochschulen und der Dualen Hochschule Baden-Württemberg zu erhalten und in ihrer Qualität weiter auszubauen, muss ein wichtiges Ziel der neuen Landesregierung sein.

3.1. Hochschulfinanzierung und Rahmenbedingungen

Die Finanzierung der Hochschulen in Baden-Württemberg muss grundlegend neu gestaltet werden. Die Erhaltung unserer starken Forschungs- und Innovationskultur, die Baden-Württemberg zum „Land der Erfinder“ macht, erfordert sowohl mehr private Unterstützung als auch eine Erhöhung der staatlichen Zuwendungen. In diesem zukunftsträchtigen Bereich darf unser Land nicht ins Hintertreffen geraten.

- Hochschulen sollten vermehrt die Kooperation mit der Wirtschaft suchen und sich z. B. durch den Aufbau von Alumni-Netzwerken nach amerikanischem Vorbild auch um eine stärkere private Finanzierung bemühen. In vielen Ländern, in denen Spitzenforschung betrieben wird (USA, Großbritannien etc.), ist dies bereits fest etabliert. Baden-Württemberg sollte hierbei Vorreiter in Deutschland werden. Die Freiheit der Lehre und Forschung muss dabei aber gewährleistet werden.
- Die Universitäten in Baden-Württemberg brauchen auch mehr Geld, um eine bessere Lehre anbieten zu können. Gerade bei Tutorien und größeren Vorlesungssälen besteht Handlungsbedarf. Die freiwerdenden Mittel aus der BAföG-Reform sollen ausschließlich für die Lehre verwendet werden.
- Wir fordern, Lehrstühle, die sich mit Genderforschung beschäftigen, nicht länger zu finanzieren. Diese sogenannte Forschung ist nichts anderes als knallharte Ideologie ohne Wissenschaftlichkeit. Die frei werdenden Finanzmittel sollen zur Verbesserung echter universitärer Lehre genutzt werden.
- Gute Forschung und Lehre brauchen eine gute Infrastruktur, aber unsere Universitätsgebäude verfallen! Deshalb fordern wir mehr Investitionsmittel zum Erhalt und Ausbau der Universitätsgebäude und deren Ausstattung.
- Es müssen langfristige Perspektiven (z. B. durch mehr unbefristete Stellen) für den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Universitäten im Land geschaffen werden.
- Die duale Ausbildung muss ausgebaut werden. Weiterbildungsangebote, die eine berufsbegleitende Weiterbildung ermöglichen, sollen nicht nur privaten Anbietern überlassen werden. Die Duale Hochschule Baden-Württemberg muss hier gestärkt werden.

- Ausländische Studenten, die in Deutschland ihren Abschluss gemacht haben, müssen proaktiv von den Hochschulen oder einer Landesbehörde dazu eingeladen werden, in Deutschland zu bleiben. Dementsprechend müssen ausländische Studenten aber auch dieselben Bedingungen wie deutsche Studenten erfüllen, was beispielsweise die Erfüllung eines Numerus clausus oder andere Hürden, welche deutschen Studenten auferlegt werden, angeht.
- Wir fordern, die Öffnungszeiten der kommunalen und landeseigenen Bibliotheken in allen Hochschulstandorten im Land auch an Sonntagen zu ermöglichen. Über verlängerte Öffnungszeiten an den anderen Tagen der Woche ist nachzudenken.

3.2. Studienablauf

- Es muss mehr dafür getan werden, dass Bachelor- und Masterstudiengänge im Ablauf (u. a. durch den verstärkten Einsatz von E-Learning) an unseren Hochschulen flexibler gestaltet werden können und beispielsweise Auslandssemester leichter in das Studium zu integrieren sind.
- Die Landesregierung muss mehr Mittel zur Verfügung stellen, um eine bessere Betreuung von Studenten zu ermöglichen. Ausfallende Tutorien, Räume mit weniger Plätzen als Studenten und überfüllte Hörsäle bei Massenveranstaltungen – dieser Alltag darf in unserem Bildungsland Baden-Württemberg nicht sein.
- Insbesondere ist die Verschiebung der Qualitätssicherungsmittel (QSM) in die Grundfinanzierung eine Mogelpackung. Der Massenabfertigung an Universitäten muss entgegengewirkt werden, um die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung in Deutschland zu erhalten und weltweit konkurrenzfähig zu bleiben.
- Es ist über eine Anpassung der deutschen Semesterzeiten an internationale Semesterregelungen nachzudenken. Gerade die Integration eines Auslandssemesters könnte so erleichtert werden.
- Wir fordern, dass unsere Universitäten zusätzlich zum Master den Titel Diplom und Diplom-Ingenieur wieder vergeben dürfen. Dieser Titel stellt ein deutsches Qualitätsmerkmal in der ganzen Welt dar und zeichnete bisher unsere hervorragenden Absolventen aus. Diese Marke wollen wir auch in Zukunft erhalten.
- Wir setzen uns für eine Reform der studentischen Mitbestimmung ein. Die von Grün-Rot wieder eingeführte „Verfasste Studierendenschaft“ wollen wir zu einem wirksameren und demokratischeren Mitbestimmungsmodell eines Studentenparlamentes reformieren, welches sich auf hochschulpolitische Fragen zu beschränken hat. Dabei wollen wir die derzeit vorhandene Zwangsmitgliedschaft in der Verfassten Studierendenschaft abschaffen.

3.3. Innovationsförderung

- Universitäten sind exzellente Inkubatoren für Innovation. Das kann man u. a. in den USA sehen. Die Landesregierung muss einiges tun, um eine viel breitere und fundiertere Start-Up-Kultur zu entwickeln. Während in den USA vor allem Informatiker und Techniker Start-Ups gründen, sind es in Deutschland fast ausschließlich Betriebswirte. Das muss sich ändern.
- Im Interesse der Innovationsförderung muss die Landesregierung im Bereich der Forschung und deren Förderung enger mit den Hochschulen zusammenarbeiten.
- In der medizinischen Forschung sind trotz aller Bemühungen, Tierversuche zu vermeiden und zu ersetzen, immer noch viele Tierversuche nötig, um das Verständnis von Krankheiten zu fördern, deren Behandlung zu verbessern oder erstmalig zu ermöglichen. Durch die langen Antragsverfahren und die Einführung des Verbandsklagerechts auch im Hochschulsektor wird diese Forschung in Baden-Württemberg unnötig erschwert. Forscher wandern ab und Spitzenforschung ist in diesen Bereichen bereits heute kaum noch realisierbar. Daher fordert die Junge Union eine deutlich schnellere Prüfung von universitären Tierversuchsanträgen, einheitliche Regeln, unter welchen Bedingungen diese zu bearbeiten sind und die Ausnahme der Universitäten und Forschungsinstitute aus dem Verbandsklagerecht.
- Die Transformation von Forschungsergebnissen an den Hochschulen hin zur geschäftlichen Reife und selbstständigen Unternehmensgründung muss stärker durch das Land gefördert werden.
- An den Hochschulen des Landes soll es keine Zivilklauseln mehr geben dürfen.

4. Innenpolitik und Integration

Die grün-rote Landesregierung gefährdet seit Regierungsübernahme die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung in Baden-Württemberg. Die Polizeistrukturreform führte zu mehr Problemen als Verbesserungen, Einbrüche im Land nehmen massiv zu und Zuwanderungsprobleme bleiben ungelöst.

4.1. Polizei

Das Einzige, mit dem der Innenminister in den letzten Jahren auf sich aufmerksam gemacht hat, ist die zentralistische und vor allem teure grün-rote Polizeistrukturreform. Große Verwaltungsbezirke, lange Fahrtwege, verunsicherte Beamte und Bürger sowie die Zerstörung bewährter Strukturen sind die Folge. Diese Entwicklung kann nicht umfassend revidiert werden, die Reformen müssen jedoch dem Land und seiner dezentralen Struktur der Vergangenheit Rechnung tragen.

- Sowohl die objektive als auch die subjektive Sicherheit der Menschen im Land muss gestärkt werden. Ziel muss es daher sein, die Reviere und Polizeiposten im Land zu stärken und mehr Beamte in die Fläche und auf die Straße zu bringen. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert daher eine massive Neueinstellung von Polizeibeamten.
- Der seit Jahrzehnten bewährte freiwillige Polizeidienst muss wieder eingeführt und gestärkt werden.
- Zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes Polizist ist auch ein Bewusstseinswandel in der Bevölkerung unabdingbar. Die Junge Union bedauert die zunehmende Respektlosigkeit und Gewalt gegenüber den Ordnungshütern und fordert, dass der Straftatbestand des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB) durch eine Qualifikation oder höhere Mindeststrafandrohung ergänzt wird.
- Die individuelle Kennzeichnung von Polizisten stellt für uns ein Zeichen des mangelnden Vertrauens in das Exekutivorgans unseres Staates dar. Daher lehnen wir als Junge Union die individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ab.
- Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die Erprobung von sogenannten Body-Cams in Polizeieinsätzen.
- Die Junge Union Baden-Württemberg fordert den Ausbau der Sicherung öffentlicher Plätze und Einrichtungen mittels Kameratechnik.
- Die technische Ausstattung der Polizei muss verbessert werden.
- Um den besorgniserregenden Anstieg von Einbrüchen entgegenzuwirken, sollten Investitionen in präventive Maßnahmen und Aufklärungsarbeit getätigt werden.

4.2. Sperrzeiten und Alkoholverbote

Unser Verständnis von subsidiärer Politik ist es, Probleme möglichst konkret und vor Ort zu lösen, ohne durch überzogene Regelungswut Unbeteiligte mit zu treffen. Dabei wollen wir im Zweifel mehr erlauben als verbieten.

- Wir wollen – nach dem Vorbild der bayerischen Regelung – die nächtliche Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten grundsätzlich auf die Zeit von 5.00 Uhr bis 6.00 Uhr morgens begrenzen. Kur- und Erholungsorten soll dabei weiterhin die Möglichkeit gegeben werden, längere Sperrzeiten festzulegen – längstens wie in der bisherigen Regelung von 2.00 Uhr bis 6.00 Uhr.
- Die Junge Union Baden-Württemberg fordert, dass die Regelung, wonach in Einzelhandelsgeschäften in der Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr keine alkoholischen Getränke verkauft werden dürfen, abgeschafft wird.
- Die Junge Union fordert, dass Kommunen die Möglichkeit gegeben wird, in eng begrenztem Rahmen den öffentlichen Konsum von Alkohol an einzelnen Orten zu bestimmten Uhrzeiten einzuschränken. Wir sprechen uns aber gegen grundlegende flächendeckende Alkoholkonsumverbote – etwa in der gesamten Innenstadt – aus.

4.3. Zuwanderung und Integration

Für die Junge Union ist klar: Integration ist keine Einbahnstraße. Integration kann nur erfolgreich sein, wenn sich nicht nur die Gesellschaft um die Eingliederung Betroffener bemüht, sondern sich auch die Betroffenen selbst aktiv um ihre Integration kümmern. Dabei ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration das Erlernen der deutschen Sprache. Ferner lehnen wir das öffentliche Tragen einer Vollverschleierung wie Burka oder Niqab ab und fordern mit Verweis auf sicherheitspolitische, gleichheitsgrundsätzliche und integrationspolitische Aspekte ein Verschleierungsverbot.

- Um dem demographischen Wandel und dem zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken, benötigt Baden-Württemberg als Wirtschaftsmotor Europas eine nach Qualifikation gesteuerte Zuwanderung. Als Vorbild kann hier das kanadische Modell dienen.
- Das Integrationsministerium hat außer hohen Kosten keinen Mehrwert für die Integration in Baden-Württemberg geleistet. Die Junge Union spricht sich daher für die Abschaffung des Ministeriums und die Integration der Themen in bestehende Ministerien, wie dies auch in der Vergangenheit der Fall war, aus.

4.4. Flüchtlinge und Asyl

Die Herausforderung der Flüchtlingszunahme ist ein gesamteuropäisches Phänomen. Daher ist es auch eine gemeinsame Aufgabe der Europäischen Union, sich der Aufnahme und Unterbringung von

Flüchtlingen zu stellen. Wir fordern ein gemeinsames europäisches Asylrecht mit gemeinsamen Regeln und einer Verteilungsquote analog zum Königsteiner Schlüssel. Trotz des globalen Zusammenhangs stellt der zunehmende Flüchtlingsstrom gerade auch nach Deutschland sowohl Länder als auch Kommunen vor enorme Herausforderungen. Menschen, die aus politischen oder religiösen Gründen ihre Heimat verlassen müssen, sollten gerade unter dem Gedanken der christlichen Nächstenliebe und der humanitären Flüchtlingshilfe hier eine neue Heimat finden können. Dennoch können wir in Deutschland nicht die sozialen Probleme Europas lösen. Daher begrüßen wir als Junge Union die Sichere-Drittstaaten-Regelung und fordern die Prüfung deren Ausweitung, insbesondere auf alle Länder des Balkans, des Kaukasus und die Maghreb-Länder. Wir fordern die Beschleunigung von Asylverfahren und eine noch konsequentere Abschiebungspolitik. Wir bekennen uns zum Asylrecht, aber nicht für Wirtschaftsflüchtlinge und kriminelle Banden. Auf der anderen Seite muss Asylanten ein schnellerer Zugang zu einer Beschäftigung und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden, insbesondere durch verpflichtende Deutschkurse.

4.5. Extremismus

Die islamistischen Terroranschläge von Paris haben uns wieder einmal vor Augen geführt, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht vor Angriffen radikal Andersdenkender geschützt ist. Meinungs- und Pressefreiheit gehören zu den höchsten demokratischen Grundwerten und sind nicht verhandelbar. Jeder, der sich zu Grundgesetz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennt, ist in Deutschland herzlich willkommen. Für radikale Extremisten ist in unserem Land aber kein Platz, daher fordern wir nicht nur die konsequente Überwachung verfassungsfeindlicher, insbesondere islamistischer Extremisten, sondern auch die Verschärfung der Strafgesetze im Sinne einer wehrhaften Demokratie sowie die Möglichkeit des Entzugs der deutschen Staatsbürgerschaft bei doppelter Staatsangehörigkeit und eine damit einhergehende Ausweisung aus dem Land. Wir fordern die Einführung geeigneter Straftatbestände und härterer Strafen, um Abreisende und zurückkehrende IS-Kämpfer, IS-Rekruteure und sonstige IS-Unterstützer früher, wirksamer, konsequenter und härter bekämpfen und bestrafen zu können. Nach Möglichkeit müssen die betreffenden Personen aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen bzw. ihnen, wenn möglich, die Staatsbürgerschaft entzogen werden. Die Forderung der Einführung der Vorratsdatenspeicherung ist unabdingbar, um Personen ausfindig zu machen, die unsere Werte und Gesellschaft bedrohen.

5. Verkehr, Bauen und Wohnen

Baden-Württemberg als Industrie- und Transitland ist auf eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Aufgrund struktureller Versäumnisse der Vergangenheit, die auf das Konto aller politisch Verantwortlichen gehen, besteht vor allem im Bereich der Straße und Schiene, aber auch im Luftverkehr, bei Wasserstraßen, Radwegen und modernen Verkehrsleitsystemen ein enormer Nachholbedarf. Durch die massive Verkehrszunahme, die Verweigerungshaltung des grünen Verkehrsministers im Hinblick auf Straßenneubauten sowie die Unfähigkeit der Landesregierung, Bundesmittel abzuschöpfen, hat sich die schlechte Situation im Bereich der Straßen in den letzten Jahren nochmals verschärft.

Um die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs im Bereich der Mobilität zu verbessern, fordern wir ein grundsätzliches Umdenken der Verkehrspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte.

- Straßenneubau, Ausbau und Sanierung dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden, sondern haben alle jeweils ihre Berechtigung.
- Der Aus- und Neubau von Hauptachsen mit dem Ziel der Fernverkehrserreichbarkeit der Regionen und ländlichen Räume genießt grundsätzlich Priorität vor Nebenachsen. Hauptachsen können sowohl Autobahnprojekte als auch der Bau von drei- bis vierspurigen Bundestraßen sein, die wie im Schwarzwald oder am Bodensee als Ersatz für nicht gebaute Autobahnen dienen.
- Die Straßenbauverwaltung im Land ist grundsätzlich nach bayerischem Vorbild umzustrukturieren. Jeder Mitarbeiter von Straßenbauämtern sollte zudem mindestens drei Monate seines Berufslebens sowohl im Landes- als auch im Bundesverkehrsministerium tätig sein, um notwendige Netzwerke aufzubauen. Der Freistaat Bayern hat mit dieser Praxis sehr gute Erfahrungen gemacht.
- Das Auto ist der Verkehrsträger Nummer eins im Land. Tempolimits, Tempo-30-Zonen und Feinstaubverordnungen dürfen nicht zu einer Blockierung oder signifikanten Verschlechterung der Verkehrssituation in Baden-Württemberg führen. Die Einführung solcher Maßnahmen durch Kommunen muss daraufhin genau überprüft werden. Desweiteren fordern wir ein Abschaffen der Umweltzonen.
- Um die Finanzierung unserer Verkehrswege sicherzustellen, sprechen wir uns nach geltender Beschlusslage für die Einführung einer zeitlich gestaffelten PKW-Vignette für Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen von 80,00 € bis 100,00 € im Jahr aus. Es ist zudem sicherzuzustellen, dass das Geld abzüglich Verwaltungsaufwand zu 100 Prozent in den Bundesfernstraßenbau fließt. Einheimische dürfen dabei nicht zusätzlich belastet werden.
- Der Zustand vieler Brücken in Baden-Württemberg ist kritisch. Diese Probleme entstehen nicht von heute auf morgen, sondern sind längerfristig absehbar. Daher fordern wir das

Anlegen eines Katasters von sanierungsbedürftigen Brücken. Zu deren Sanierung müssen frühzeitig entsprechende Rücklagen gebildet werden.

5.1. Bundesverkehrswegeplan

- Um weitere Fehlentwicklungen in den nächsten Jahren zu vermeiden, muss die aktuelle Anmeldeliste der grün-roten Landesregierung für den nächsten Bedarfsplan nach einer Regierungsübernahme durch die CDU umgehend kritisch geprüft und angepasst werden.
- Die Doktrin des neuen Bundesverkehrswegeplans, wonach 75 Prozent der Bundesmittel in den Autobahnbau und nur noch 25 Prozent in den Bundesstraßenbau fließen sollen, ist für Baden-Württemberg nicht akzeptabel. Auch vierspurige Bundesstraßen, von denen im Land viele geplant sind, müssen in den 75-Prozent-Topf fallen. Die neue Landesregierung und die Vertreter im Bund haben sich hierfür einzusetzen.
- Der Ausbau von hochbelasteten Verkehrsachsen ist wichtig. Trotzdem ist die Verkehrsentzerrung durch neue Straßen die nachhaltigste Methode der künftigen Stauvermeidung. Daher darf die Parallelität von Trassen, auch durch den Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen, künftig kein Tabuthema mehr sein.

5.2. Straßenbau

5.2.1. Autobahnen

Das Autobahnnetz im Land ist entsprechend des steigenden Verkehrsaufkommens bedarfsgerecht auszubauen und zu erweitern.[1]

- Staus sind oft das Produkt überlasteter Knotenpunkte. Daher fordern wir den flächendeckenden Ausbau der Autobahnkreuze und -dreiecke im Land.
- Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, fordern wir den weiteren Aus- und Neubau von Autobahnraststätten und Autobahnparkplätzen im Land. Dabei ist eine angemessene Mindestanzahl von LKW-Parkplätzen nach Verkehrsbelastung zu schaffen bzw. diese (falls bereits vorhanden) zu erhöhen. Finanziert werden soll dies aus der LKW-Maut.
- Auf zweispurigen Autobahnen soll ein absolutes Überholverbot für LKW eingeführt werden.

5.2.2. Bundesstraßen

- Viele Bundesstraßen im Land dienen als Ersatz für ehemals geplante und nicht realisierte Autobahnprojekte der 1970er Jahre. Vielerorts ist der Ausbauzustand noch unzureichend, was gerade für ländliche Räume immense Wettbewerbsnachteile mit sich bringt. Wir fordern daher den sukzessiven Ausbau dieser Trassen.[2]

---

[1] Unsere einzelnen Forderungen zu konkreten Autobahnbauprojekten sind in Anhang A 1 aufgeführt.
[2] Unsere einzelnen Forderungen zu konkreten Bundesstraßenbauprojekten sind in Anhang A 2 aufgeführt.

- Außerdem sprechen wir uns für den Bau dringend notwendiger Ortsumgehungen im ganzen Land aus. Projekte mit Zubringerfunktion der oben genannten überregionalen Hauptachsen haben hierbei Priorität zu genießen.

5.2.3. *Landstraßen und kommunaler Straßenbau*

- Im Zuge des Landstraßenbaus fordern wir, die in den letzten Jahren verhängten Planungsstopps für viele Projekte wieder aufzuheben und das Landstraßennetz bedarfsgerecht zu ertüchtigen. Dazu gehört auch der Bau von Ortsumgehungen im Land.
- Wir fordern, die Zuschüsse des Landes für den kommunalen Straßenbau von derzeit 50 Prozent wieder auf 75 Prozent zu erhöhen.

5.2.4. *Verkehrsleitsysteme*

- Wir fordern den weiteren Ausbau der Verkehrsleitsysteme im Land, um hochbelastete Autobahnabschnitte, auch mit der temporären Freigabe von Seitenstreifen, leistungsfähiger zu machen. Gleichzeitig ist eine Verknüpfung landeseigener und städtischer Verkehrsleitzentralen ein entscheidendes Instrument zur Lösung heutiger Verkehrsprobleme im Land.
- Um den gefährlichen Parkplatzsuchverkehr durch LKWs auf Autobahnraststätten zu reduzieren, fordern wir die flächendeckende Einführung von sogenannten Park-leitsystemen auf allen Autobahnraststätten im Land.

5.2.5. *Radwege*

- Wir fordern den weiteren Bau von Radwegen entlang von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, um den Anteil der Radfahrer am Gesamtverkehrsaufkommen zu erhöhen und die Verkehrssicherheit zu verbessern.
- Radwege entlang von Straßen sind so zu planen und zu bauen, dass sie einem möglichen späteren Straßenausbau nicht im Wege stehen und dass bestehende Fahrbahnen nicht wegfallen.

5.3. *Schienenverkehr*

- Grundsätzlich unterstützen wir den weiteren Ausbau von U-Bahn, S-Bahn und ÖPNV in den großen Ballungsräumen und Großstädten im Land, beispielsweise das „Karlsruher Modell“ einer Stadt-Umland-Bahn, gleichfalls aber auch den Bau von Lückenschlüssen nahe dieser Ballungsräume an die Hauptschienenverkehrsachsen, um für eine Entlastung der aktuellen Verkehrswege, die von Berufspendlern auf ihrem Weg in die Ballungsräume genutzt werden, zu sorgen. [3]

[3] Unsere einzelnen Forderungen zu konkreten Schienenverkehrsprojekten sind in Anhang A 3 aufgeführt.

- Von dem Vorstoß der aktuellen Landesregierung, Schienenfahrzeuge aus Landemitteln zu beschaffen und an Verkehrsbetriebe zu verpachten, distanzieren wir uns hingegen auf das Schärfste.

5.4. Flugverkehr

- Im Zuge des Filderbahnhofs von Stuttgart 21, des Neubaus des zentralen Omnibusterminals auf den Fildern sowie des Aus- und Neubaus von U- und S-Bahn am Flughafen wird der Stuttgarter Flughafen in wenigen Jahren einer der besterreichbaren Flughäfen auf der ganzen Welt sein. Diese Entwicklung und das Wachstum in der Region Stuttgart werden zwangsläufig zu mehr Flugbewegungen führen. Daher sollte der Bau einer zweiten Start- und Landebahn am Stuttgarter Flughafen in Betracht gezogen werden, um diesen auch künftig wettbewerbsfähig zu halten.
- Wir stehen auch weiterhin finanziell zu unserer regionalen Flughafenstruktur mit den Flughäfen in Baden-Baden und Friedrichshafen.
- Grundsätzlich fordern wir die bestmöglichste Anbindung der Flughäfen im Land an das übergeordnete Straßen- und Schienennetz. Insbesondere am Regionalflughafen Baden-Baden muss die Situation diesbezüglich deutlich verbessert werden.

5.5. Wasserstraßen

- Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau von Schleusen und Wasserstraßen im Land, um die Binnenschifffahrt auch in Baden-Württemberg wettbewerbsfähig zu halten.

5.6. Mobilität für Jung und Alt

Mobilität ist gerade für junge Menschen wichtig – ob in Ausbildung, Studium oder Beruf. Es ist Aufgabe der Politik, Mobilität attraktiv zu gestalten. Dazu dient ein gut ausgebautes Netz der öffentlichen Personennahverkehrssysteme, aber auch eine übergreifende Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde.

- Langfristiges Ziel sollte ein einheitlicher landesweiter Verkehrsverbund sein. Darüber hinaus sind auch Kooperationen mit anderen Bundesländern oder mit anderen Staaten insbesondere für Schüler und Studenten aus den Grenzgebieten erstrebenswert.
- Es muss der Grundsatz gelten, dass Schüler, Lehrlinge und Auszubildende – die finanziell oft in einer noch angespannteren Situation sind – in der Gültigkeit der Tickets sowie bei den Preisen für Zeitmarken nicht schlechter gestellt sind als Studenten. Daher regen wir zunächst die Zusammenführung von Schüler- und Studententickets zu einem landesweit einheitlichen Juniorenticket zu günstigen Konditionen an. Dieses Juniorenticket soll später auch auf Auszubildende erweitert werden.
- Mittelfristig sollte es landesweit im Nahverkehr gültige Zeitkarten nicht nur für Schüler und Studenten, sondern für alle Menschen in Baden-Württemberg geben.

- Das Angebot für hohe Bustaktungen in den späten Abendstunden und Nachtbusse, wenn möglich auch im Ländlichen Raum, sowie für eine nach Bedarf 24-stündige Möglichkeit zur ÖPNV-Mobilität in den Städten Baden-Württembergs tragen zur Steigerung der Lebensqualität und zur Verbesserung der Angebote für junge Menschen bei. Sie sollten daher nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.
- Gerade im Ländlichen Raum, wo ein optimaler Ausbau des ÖPNV nicht immer wirtschaftlich möglich ist, ist der frühzeitige Einstieg in den Individualverkehr wichtig. Schüler oder junge Auszubildende aus den ländlich geprägten Gebieten unseres Bundeslandes haben oftmals Probleme, zur Schule oder zum Ausbildungsplatz zu kommen. Das Land Baden-Württemberg ist daher gehalten, den Moped-Führerschein (Führerscheinklasse AM, bis 45 km/h) bereits mit 15 Jahren zu ermöglichen.
- Aufgrund der grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen wird es in Zukunft für eine selbstständige Lebensführung junger Menschen unerlässlich sein, mit 17 Jahren bereits ohne Begleitperson Auto fahren zu dürfen. Die Junge Union Baden-Württemberg spricht sich deshalb im Sinne einer flexibleren und besseren eigenständigen Mobilität junger Menschen dafür aus, das begleitete Fahren bereits auf 16 Jahre vorzuziehen und es jungen Menschen nach Wiederholung einer theoretischen und praktischen Prüfung zu ermöglichen, bereits mit 17 Jahren eine uneingeschränkte Fahrerlaubnis zu erwerben. Das hierzu erforderliche Verantwortungsbewusstsein sollte auch der (Landes-)Gesetzgeber den jungen Menschen zugestehen.

5.7. Bauen und Wohnen

Im Hinblick auf das Baurecht und die Flächenverbrauchspolitik wurden in den letzten Jahren, auch unter der CDU, schwere strukturelle Fehler gemacht. Dringend notwendige Wohn- und Gewerbegebiete können heute vielerorts nur noch in Ausnahmefällen ausgewiesen werden. Dies führt zu einer steigenden Wohnungsnot, Abwanderung aus ländlichen Räumen, hohen Mieten und Grundstückspreisen sowie Stillstand beim Wirtschaftswachstum, da sich viele Unternehmen nicht mehr räumlich entwickeln können. Diese hausgemachten Fehler sind grundsätzlich zu korrigieren. Gerade mal 10 Prozent der Fläche im Land sind Siedlungs- und Verkehrsflächen. 90 Prozent bestehen aus Wald, Wiesen und Gewässern. Selbst eine rein theoretische, aber absolut unrealistische Verdopplung der Siedlungs- und Verkehrsflächen in den nächsten Jahrzehnten hätte nur geringfügige Auswirkungen auf das Ökosystem im Land. Daher fordern wir folgende Maßnahmen:

- Ortskernsanierung und das sogenannte „Bauen auf der grünen Wiese“ dürfen nicht mehr gegeneinader ausgespielt werden, sondern haben beide ihre Berechtigung.
- Das Ziel der Netto-Null im Flächenverbrauch ist aufzugeben. Kommunen sollen künftig ohne großen bürokratischen Aufwand wieder Wohn- und Gewerbegebiete ausweisen dürfen. Die bau- und umweltrechtlichen Hürden hierbei sind umgehend vom Gesetzgeber zu revidieren.

- Die sofortige Korrektur der Landesbauordnung, insbesondere die Rücknahme der Zwangsbegrünung und des Fahrradstellplatzzwangs.
- Wir bekennen uns zur regional koordinierten Planung. Diese muss aber deutlich stärker als bisher die wirtschaftliche Entwicklung fördern, indem sie mehr und größere Flächen für Gewerbe- und Wohnungsbau ausweist.
- Interkommunale Gewerbegebiete auch über Landes, Regional- und Kreisgrenzen hinweg sollen vom Land künftig gefördert und unterstützt werden.
- Der soziale Wohnungsbau muss forciert werden.
- Die Junge Union fordert einen umfangreichen Bürokratieabbau in der Umweltgesetzgebung und deutlich flexiblere naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen für landschaftliche Eingriffe.

6. Umwelt und Energie

Aufgrund unserer christlich-konservativen Wurzeln liegt uns als Junge Union Baden-Württemberg die Bewahrung der Schöpfung am Herzen. Deshalb nehmen wir unsere Verantwortung für die Umwelt und das Klima besonders ernst und leiten daraus eine ambitionierte Umwelt- und Klimaschutzpolitik ab. Baden-Württemberg ist ein modernes, dicht besiedeltes Industrieland in der Mitte Europas. Deshalb ist der Wohlstand in Baden-Württemberg besonders abhängig von einer durchgängigen Verfügbarkeit von Energie zu moderaten Preisen. Aus beiden Ansprüchen können gewisse Zielkonflikte entstehen, die es für uns zu lösen gilt.

6.1. Umwelt- und Klimaschutz

- Der Klimawandel stellt eine globale Herausforderung dar. Der europäische Emissionshandel könnte ein gutes Instrument darstellen, um die europäischen CO_2-Emissionen zu senken und den Vorrang von erneuerbaren Erzeugungen zu sichern. Die Funktion dieses Systems ist derzeit jedoch gestört, weil nicht alle wesentlichen Bereiche eingeschlossen sind, zu viele Zertifikate kostenlos ausgegeben wurden und der Preis für die gehandelten Zertifikate aus verschiedenen Gründen belanglos niedrig war. Damit bleibt die monetäre Steuerungswirkung aus. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert eine zügige und umfassende Reform des Emissionshandels und die damit einhergehende Reduktion der Zertifikate im Markt als ersten Schritt.
- Kunststoffe wie Plastik sind aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Leider verursachen diese auch einen hohen Abfallanteil, da viele Kunststoffe nicht vollständig erfasst werden und nicht ohne weiteres zu recyceln sind. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert deshalb eine Offensive zur merklichen Reduzierung von Plastik-Abfällen sowie weitere Anstrengungen, die Recyclingquote zu steigern. Sie setzt sich insbesondere ein für eine Pflicht zur deutlicheren Kennzeichnung von bzw. bei Produkten, die Mikroplastikpartikel enthalten.
- Die Elektromobilität birgt die Chance, dauerhaft einen emissionsfreien Individualverkehr zu erreichen, sofern die dafür benötigte Energie aus erneuerbaren Energien produziert wurde. Deshalb fordern wir als Junge Union Baden-Württemberg die konsequente Förderung von Elektrofahrzeugen, wie zum Beispiel durch die Erstattung der Mehrwertsteuer für Käufer ähnlich wie in Norwegen und Kalifornien sowie den zügigen und flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur und eine intensivere Forschung im Bereich der Batterietechnologie. Weitere Anreize können z. B. für eine befristete Zeit kostenfreie Parkmöglichkeiten sein.

6.2. Energiewende

Die Junge Union Baden-Württemberg steht zur konsequenten Durchführung der Energiewende. Je unabhängiger die Energieversorgung Baden-Württembergs von ausländischen Energieimporten wie zum Beispiel Gas aus Russland oder Öl aus Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten ist, desto besser.

Eine verlässliche und seriöse Energiepolitik beruht für uns auf drei Säulen:

- Versorgungssicherheit
- Bezahlbarkeit für Endverbraucher und Industrie
- Umweltverträglichkeit

Damit die Ziele der Energiewende unter Berücksichtigung der drei Säulen erreicht werden können, benötigen wir eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung. Diese wird am besten durch Transparenz und Beteiligung erreicht. Deshalb fordern wir mehr finanzielle Beteiligungsmodelle, sowohl an Erzeugungsanlagen als auch an Netzen für Bürger, Bürgerenergiegenossenschaften, Unternehmen und kleine Stadtwerke, um diese noch stärker ins Boot zu bekommen.

6.2.1. Erneuerbare Energien

- Wir lehnen Windkraftanlagen in Gebieten ab, in denen sich die Bevölkerung gegen den Bau der Windräder ausspricht, die Windräder näher als 1500 Meter an bewohnten Gebäuden gebaut werden sollen oder Waldfläche für den Bau der Windräder gerodet werden soll.

6.2.2. Speichertechnologien

Wind- und Solarenergie sind fluktuierende Erzeugungsformen. Es wird immer wichtiger, Überschüsse einzuspeichern und diese bei Windflaute oder fehlender Solareinstrahlung wieder einzuspeisen. Das Potenzial für weitere Pumpspeicherkraftwerke ist jedoch sehr begrenzt und sie bedeuten immer auch einen Eingriff in Natur und Umwelt, so dass wir dringend neuartige Speicher, wie Batteriespeicher und Power-to-Gas, benötigen. Es gibt aber regulatorische Rahmenbedingungen, die derzeit den Einsatz von Speichern behindern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, diese Hemmnisse abzubauen.

- Speicher dürfen zukünftig nicht mehr als Letztverbraucher definiert werden und brauchen einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Energiemärkten.
- Wir setzen uns dafür ein, die Vernetzung von zentralen und dezentralen Erzeugungsanlagen (ggf. über eine (bestehende) Umlage) zu fördern. Dadurch können die Anlagen miteinander abgestimmt und die Netzstabilität verbessert werden (sogenannte „Kombikraftwerke“).

6.2.3. *Forschung und Entwicklung*

- Wir als Junge Union Baden-Württemberg fordern mehr Forschungs- und Demonstrationsförderung in Baden-Württemberg für erneuerbare Energien, Elektromobilität, Fusionsenergie und Speichertechnologien. Baden-Württemberg muss Innovationsmotor auf allen Gebieten der Energieversorgung sein.
- Wir fordern die verstärkte Erforschung der Partitionierung und Transmutation (P&T), da sie eine Möglichkeit zur Reduzierung des radioaktiven Abfalls ist und somit die Endlagerproblematik entschärft.

6.2.4. *Netzausbau*

- Die Junge Union Baden-Württemberg fordert den konsequenten Netzausbau auf allen Netzebenen. Wichtig dabei ist, die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen und durch frühzeitige Aufklärung und Beteiligungsmöglichkeiten die Akzeptanz zu steigern.
- Es darf zukünftig keine Diskriminierung von kleinen Netzbetreibern durch die Anreizregulierung geben.
- Einhergehend mit der Dezentralisierung der Energieerzeugung müssen bereits auf Ebene der Verteilnetzbetreiber marktliche Instrumente zugelassen werden, um Erzeugung und Last flexibel auszugleichen.

6.2.5. *Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)*

Durch die EEG-Umlage sind die Stromkosten für die mittelständische Industrie und die Verbraucher stark gestiegen. Dadurch hat sich das Image von erneuerbaren Energien verschlechtert.

- Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte deshalb aus Steuermitteln finanziert werden, denn Steuern werden nach der individuellen Leistungsfähigkeit erhoben; somit würde sich jeder gemäß seiner Leistungsfähigkeit finanziell an der Energiewende beteiligen.
- Wir fordern für die Übergangszeit, die Mehrwertsteuer nicht mehr zusätzlich auf die EEG-Umlage zu erheben. Dies verteuert unnötigerweise die Strompreise.
- Mittelfristig muss die Energiewende in einen europäischen Rahmen überführt werden, nur so kann eine nachhaltige und vernetzte Energiezukunft gelingen.

6.3. *Energieeffizienz*

Wir wollen Energieeffizienz-Land werden. Fast 40 Prozent beträgt der Anteil des Gebäudesektors am Energieverbrauch in Deutschland. Damit gibt es ein großes Einsparpotenzial in diesem Bereich. Dazu kann in jedem Haus Energie eingespart werden. Dies sollte vom Land Baden-Württemberg stärker gefördert werden. Das Land sollte hierbei mit gutem Beispiel vorangehen.

- Wir brauchen mehr Aufklärung der Bevölkerung über bestehende Fördermöglichkeiten und über mögliche Einsparpotenziale. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer kommunalen Energieberatung durch das Land.
- Wir fordern eine landeseigene Kesseltauschprämie („Abwrackprämie“ für alte Heizkessel) zur Förderung von energetischen Sanierungen mit dem Ziel der weiteren Verbesserung der Energieeffizienz.
- Ferner fordern wir den Ausbau der Kampagne des Landesministeriums für Umwelt und Energiewirtschaft zum Austausch von Heizungsumwälzpumpen durch Hocheffizienzpumpen bzw. zur hydraulischen Neuausrichtung bereits eingebauter Pumpen sowie die Verknüpfung mit der oben genannten Kesseltauschprämie. 10 Prozent des Gesamtstromverbrauchs der privaten Haushalte sind mit den Heizungsumwälzpumpen verbunden. Das Einsparpotenzial bei flächendeckendem Austausch und entsprechender Neuausrichtung wird auf ca. 50 Prozent geschätzt.
- Bei der energetischen Sanierung von Gebäuden ist zudem darauf zu achten, dass dies mit Augenmaß geschieht. In einigen Fällen ist eine vollständige Gebäudedämmung weder finanziell noch ökologisch sinnvoll. Daher fordern wir bei geförderten Sanierungen das tatsächliche Einsparpotenzial im Verhältnis zum Aufwand zu betrachten und daraus die förderbaren Maßnahmen abzuleiten. Dies hilft auch dabei, die Mieten bezahlbar zu halten. Bei historischen und optisch wertvollen Gebäuden muss zudem die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit dem Stadtbild geprüft werden, auch wenn diese nicht unter Denkmalschutz stehen.
- Weiter besteht in Gewerbe und Industrie noch großes Stromsparpotenzial: Elektromotoren sind für 55 % des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland verantwortlich. Das Energieeinsparpotenzial mit dem Austausch älterer Elektromotoren durch effizientere wird auf rund 30 % geschätzt. Wir fordern daher eine Informationskampagne der Landesregierung sowie den Ausbau des Programms „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“.

7. Arbeit, Soziales und Familie

7.1. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In der heutigen Zeit ist es Normalität, dass beide Elternteile oder ein alleinerziehendes Elternteil im Berufsleben stehen. Deshalb ist es wichtig, dass Landesregierung und Unternehmen für berufstätige Eltern optimale Rahmenbedingungen schaffen, um den aktuellen Entwicklungen in der Familienpolitik gerecht zu werden.

- Neben dem Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung sollten für Unternehmen Anreize geschaffen werden, um eigene Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Mitarbeiter anzubieten.

7.2. Familie

Die CDU ist eine christlich geprägte Partei. Für uns ist Familie dort, wo Kinder sind und Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Die Schaffung eines positiven sozialen und kulturellen Umfelds für Familien muss weiterverfolgt werden.

- Die Junge Union fordert, dass Familien durch Steuerbegünstigungen und zur Verfügung stellen von Wohnraum unterstützt werden.
- Des Weiteren soll der Ausbau von Wohnbauflächen in Städten und Gemeinden vorangetrieben werden, um die Ansiedlung für junge Familien in Baden-Württemberg attraktiv zu gestalten.
- Familienplanung muss eine persönliche Entscheidung bleiben. Die Junge Union spricht sich daher gegen das sogenannte „Social Freezing“, also Maßnahmen, die Frauen dazu anhalten, ihren Kinderwunsch im Interesse des Arbeitgebers aufzuschieben, aus.

7.3. Jung und Alt gemeinsam

Aufgrund des demographischen Wandels steigt das Durchschnittsalter der Gesellschaft proportional an. Ältere Menschen, die aus dem Arbeitsleben ausscheiden, müssen auch weiterhin in der Gesellschaft integriert bleiben.

- Wir fordern, den Standpunkt der Älteren in der Gesellschaft, zum Beispiel durch den Ausbau des Projekts „Mehrgenerationenhaus“, besser zu etablieren, um das Miteinander von Jung und Alt besser umsetzen zu können und in den Alltag zu integrieren.
- Wir setzen uns für eine Förderung der Pflege von Angehörigen zu Hause ein, sodass Beruf und Pflege besser in Einklang gebracht werden können.

7.4. Inklusion

Die aktuelle Debatte über Inklusion an Schulen ist wichtig und notwendig, um die Integration von geistig und körperlich behinderten Kindern und Jugendlichen weiter zu fördern und das gemeinsame Lernen zu ermöglichen. Diese soll auch weiterhin von der CDU vorangetrieben werden. Allerdings ist die Inklusion von Kind zu Kind verschieden und daher aufgrund räumlicher, baulicher oder personeller Situation nicht an jeder Schule möglich.

- Wir fordern eine sinnvolle Abwägung der Standorte von Schulen, in denen Inklusion ermöglicht wird. Dabei sollten jeweils eine angemessene Anzahl von Schulen pro Landkreis zur Ermöglichung von Inklusion ausgebaut und mit geeignetem Personal ausgestattet werden.
- Die Junge Union setzt sich hierbei vor allem für Schulkooperationen zwischen Sonder- und weiterführenden Schulen im Kunstunterricht ein, um eine vorurteilsfreie Begegnung der Schüler untereinander zu ermöglichen.
- Inklusion muss nicht ausschließlich durch die Einschulung in Normalklassen erfolgen. Insbesondere mit Außenklassen von Förderschulen in Normalschulen wurden gute Erfahrungen gemacht. Es ist abzuwägen, ob der Ausbau dieser Schulform geistig behinderten Kindern nicht besser entgegenkommt, da sie dadurch stärkere individuelle Förderung erhalten können.
- Des Weiteren sollte eine Integration von behinderten Menschen im Alltag außerhalb der Schule gefördert und durch spezielle Freizeitangebote und Arbeitsplätze, die Menschen mit und ohne Behinderung zusammenführen, ausgebaut werden.

8. Ländlicher Raum und Landwirtschaft

8.1. Leben im Ländlichen Raum

Ein starker Ländlicher Raum war immer Grundlage unseres Wohlstands und Garant für beste Zukunftschancen. Dort, wo die Menschen noch Verantwortung übernehmen, man einander kennt und unterstützt, wo man in Vereinen und Organisationen gemeinsam an einem Strang zieht, ist unser Land besonders stark. Seien es unsere mittelständischen Maschinenbauer, die Tüftler und Erfinder oder die Landwirte, sie alle prägten und prägen unsere Heimat. Wir wollen, dass ab 2016 auch die Landespolitik wieder erkennt, welches Potenzial darin steckt und dieses fördert.

- Wir wollen die ärztliche Versorgung im Ländlichen Raum zukunftssicher gestalten. Daher müssen Landärzte und ihre Praxen gefördert und der Bürokratieabbau im Gesundheitssektor vorangetrieben werden. Konkret fordern wir die Auflage eines Programms zur Ausbildung und Weiterbildung zu Hausärzten für den Ländlichen Raum nach bayerischem Vorbild (sog. Landarzt-Programm, inkl. spezifischer Stipendien für Medizinstudenten).
- Zahlreiche leerstehende Altbauten prägen viel zu oft das Antlitz kleinerer Städte und Dörfer. Wir müssen hier die Kommunen unterstützen, das brachliegende Potenzial wieder zu beleben, das Stadtbild zu verschönern und ihre Zentren wieder attraktiv für Familien zu machen. Ziel muss es sein, Altbauten zu sanieren, um einen positiven Effekt für Kommunen zu erzielen und eine Aufwertung des dörflichen Lebens vielerorts wieder zu erreichen.
- Wir müssen mehr Anreize für interkommunale Zusammenarbeit schaffen, denn vielerorts herrscht noch Kirchturmdenken vor. Bemühungen, den Service vor Ort zu verbessern und die Attraktivität zu steigern, müssen durch Förderprogramme gestärkt werden.
- Wir fordern, das Subsidiaritätsprinzip mit Taten umzusetzen, statt nur in Wortbeiträgen zu fordern. Eine Politik der Zentralisierung (wie beispielsweise die Polizeireform) raubt uns unsere wahren Stärken. Den Menschen vor Ort mehr zuzutrauen und mehr Verantwortlichkeiten dem Ländlichen Raum zu übergeben – das muss unser Ziel für die Zukunft sein.
- Wir sind stolz auf unsere hervorragende mittelständische Wirtschaft im Ländlichen Raum und ihre unbekannten Weltmarktführer. Die Stärkung wichtiger Standortfaktoren wie Verkehrs- und Technologieinfrastruktur, aber auch Entlastungen bei Bürokratie und die Förderung von Unternehmungsgründungen auch abseits der Ballungszentren muss daher weiter mit besonderem Eifer vorangetrieben werden.
- Ebenso dazu gehört auch ein konsequenter Ausbau der Breitbandanbindungen. Was früher ausschließlich die Verkehrsinfrastruktur als „Blutbahnen eines wirtschaftsstarken Landes“ zu leisten hatte, wird zunehmend durch die Versorgung mit schnellem Internet abgelöst. Hier brauchen wir dringend eine Initiative, um nicht weiter abgehängt zu werden.

- Baden-Württemberg lebt von seiner Landschaft. Deren Schönheit darf nicht durch Windkraftanlagen zerstört werden. Für touristisch und historisch bedeutsame Punkte muss der Landschaftsschutz vorrangig sein. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert daher ein Gesetz zum Schutz des Landschaftsbildes.

8.2. *Landwirtschaft für unser Land*

Baden-Württemberg hat eine starke Landwirtschaft, doch Grün-Rot hat vor allem der konventionellen Landwirtschaft in den letzten Jahren stark zugesetzt. Auch heute noch werden fast 46 Prozent der Flächen in Baden-Württemberg landwirtschaftlich genutzt und über 38 Prozent der Flächen sind bewaldet. Auch wenn heute die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft auf unter zwei Prozent gesunken ist, leisten die Land- und Viehwirte im Lande einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Landschaftsbildes in Baden-Württemberg. Die Hauptaufgabe der Landwirtschaft besteht auch heute noch in der Lebensmittelversorgung des Landes.

- Uns als Junger Union Baden-Württemberg ist ein gesundes Miteinander zwischen konventioneller Landwirtschaft und ökologischer Landwirtschaft wichtig. Es ist Aufgabe der Verbraucher und nicht der Politik, zu entscheiden, welche Produkte sie bevorzugen. Überzogene Subventionsprogramme, wie momentan praktiziert, lehnen wir daher ab.
- Wir fordern die Landesregierung auf, sich der Initiative Bayerns anzuschließen, um für eine Ausnahmeregelung beim Mindestlohn für Erntehelfer zu sorgen. Durch die bisherige Regelung stehen sonst viele Winzer sowie auch Obst- und Gemüsebauern vor der Aufgabe ihrer Existenz.
- Mit dem Regierungswechsel 2016 werden wir das unter Grün-Rot auf den Weg gebrachte Jagdgesetz rückgängig machen und die alte Fassung wieder einsetzen. Jäger tragen mit ihrer Arbeit aktiv zum Schutz von Flora und Fauna bei. Durch ihre verantwortungsvolle Hege und Pflege leisten sie ihren Beitrag zum Gleichgewicht in der Natur und sind damit Naturbewahrer erster Generation.
- Wir sprechen uns klar für die Unterstützung und den Erhalt der Familienbetriebe innerhalb der Land-, Forst und Viehwirtschaft aus. Für eine nachhaltige Entwicklung muss dazu besonders die junge Generation von Landwirten unterstützend begleitet werden. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert deshalb, vor allem Junglandwirte bei Betriebsübernahmen und dem Aufbau zukunftsorientierter Strukturen staatlich zu unterstützen. Dies kann z. B. durch vereinzelte stärkere steuerliche Entlastungen von Junglandwirten geschehen.
- Die ausufernde Bürokratie zwingt die Bauern mittlerweile, immer mehr Zeit im Büro anstatt auf dem Feld zu verbringen. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert hier eine Trendumkehr und die Betriebe in Baden-Württemberg von oftmals sinnlosen Statistiken und Formularen zu entlasten.

- Der Weinbau besitzt für uns im Land allerhöchste Bedeutung – vom Taubertal bis zum Bodensee, von der Ortenau bis ins Hohenloherland prägt er hier unser Landschaftsbild. Hier werden sehr hochwertige Weine angebaut, die für ihre Lagen einzigartig sind. Im Moment ist jedoch festzustellen, dass der Anbau – gerade in Steillagen – eher rückläufig ist. Um dieses Kulturgut zu schützen, wäre beispielsweise eine Subventionierung von Neuanlagen hin zu Brachflächen denkbar.
- Nach dem Fall des Anbaustopps sollen neue Anbauflächen für Wein (50 ha) in Baden-Württemberg bevorzugt an bestehenden Rebflächen geschaffen werden, um „Streuweinbau“ zu verhindern. Eine bevorzugte Vergabe dieser Flächen an Jungwinzer ist zu begrüßen.

8.3. Baden-Württemberg: Urlaub im eigenen Land

Baden-Württemberg ist mit seinen vielfältigen Landschaften und den unterschiedlichen historischen Regionen reich an attraktiven Urlaubszielen. Viele der seither beliebten Ziele lagen im Ländlichen Raum. Zwar nehmen die Übernachtungen in Baden-Württemberg in den letzten beiden Jahren insgesamt jeweils zu. Hierbei gleicht aber der Zuwachs bei den Auslandsgästen den Rückgang bei den Inländern mehr als aus. Zudem steigt die Anzahl der Übernachtungen überproportional in den Städten. Das ist erfreulich und offenbart aber für die Zukunft ein noch größeres Potenzial.
Die Junge Union spricht sich daher für Urlaub im eigenen Land aus und will hierfür als Verband politisch werben: Wir fordern daher, eine landesweite Informationskampagne „Erholung und Urlaub in der Heimat“ an den landeseigenen Bildungseinrichtungen zu starten. Die Junge Union Baden-Württemberg steht als die größte politische Jugendorganisation vor Ort als Partner zur Verfügung. Hintergrund der Forderung für die Kampagne ist ein dreigliedriger Nachhaltigkeitsgedanke: Der Urlaub im eigenen Land ist in der Regel umweltfreundlicher und stärkt das Bewusstsein für eine tourismusorientierte Naturschutzpolitik. Ferner stärkt er die Wirtschaft in vor allem vom Tourismus geprägten, aber generell wirtschaftsschwächeren Gegenden des Landes. Abschließend befördert er insbesondere bei jungen Menschen die „Heimatkunde“. Weder das politische Werben, noch die Forderung nach einer landesweiten Kampagne beinhalten eine Diskriminierung anderer Urlaubsziele, zumal die Junge Union mit ihren weltoffenen Mitgliedern auch zu Reisen ins Ausland ermuntert, die für die Bildung und Persönlichkeit eines jeden Menschen wichtig sind.

9. Justizpolitik

Wir stehen für ein friedliches Deutschland, in dem sich jeder Bürger – egal ob jung oder alt – nicht nur wohl, sondern vor allem auch sicher fühlen kann. Deshalb hat Gewalt in einer wertegeordneten Gesellschaft wie der unseren keinen Platz und muss entschieden bekämpft werden. Aus naheliegenden, erzieherischen Gründen müssen jugendlichen Gewalttätern unverzüglich die Konsequenzen ihrer Taten vor Augen geführt werden. Hierbei muss der Strafzweck der Resozialisierung im Vordergrund stehen. Hingegen muss bei Wiederholungstätern vorrangig die Gesellschaft geschützt werden.

Auch der Bandenkriminalität, insbesondere im Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, muss auf justizieller Ebene stärker entgegengetreten werden. So entspricht beispielsweise das Strafmaß für Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung dem Strafmaß für einen Wohnungseinbruchsdiebstahl. Diese Wertung wird unseren gesellschaftlichen Idealen nicht gerecht.

Des Weiteren muss der Staat auch weiterhin einen effektiven und schnellen Rechtsschutz gewährleisten. Hier gilt es, den technischen Fortschritt verstärkt im gerichtlichen Verfahren nutzbar zu machen.

Letztlich muss das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat und das Verständnis wieder gestärkt werden.

Daher fordern wir:

- eine konsequente und härtere Bestrafung von Wiederholungstätern bei Gewaltdelikten. Beibehaltung der Sicherungsverwahrung nach der Haftstrafe im Fall einer anhaltenden Gefährdung der Allgemeinheit durch den Täter.
- eine konsequente Anwendung des Warnschussarrests zur schnellen und gezielten Abschreckung jugendlicher Straftäter, insbesondere bei Gewaltdelikten. Verlängerung der Maximaldauer des Warnschussarrests von vier Wochen auf bis zu drei Monate, aber parallel dazu auch das gezielte Vorhalten von geschultem Personal zur besonderen und altersgerechten Betreuung dieser Jugendlichen.
- zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten und den Ausbau der bereits bestehenden Möglichkeiten in Jugendstrafanstalten zur effektiven Resozialisierung der Jugendlichen.
- die Wiederherstellung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses bei der Anwendung von Erwachsenenstrafrecht bei Jugendlichen, so dass Heranwachsende in der Regel nicht mehr nach „Jugendstrafrecht“ verurteilt werden. Das Strafgesetzbuch hat auch in diesem Bereich ausreichend Möglichkeiten, eine angemessene Strafe auszusprechen.
- die flächendeckende Einführung einer Einrichtung pro Landkreis, die die Arbeit der Jugendhilfe im Strafverfahren, der Polizei und der Staatsanwaltschaft unter einem Dach bündelt und koordiniert („Haus des Jugendrechts“).

- die Strafmaßerhöhung von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung auf nicht unter einem Jahr und in besonders schweren Fällen, beispielsweise bei minderjährigen Opfern, auf nicht unter drei Jahre.
- die Bekämpfung der illegalen Paralleljustiz (z. B. sogenannte Scharia-Richter), gemeinsam mit islamischen Gemeinden und Autoritäten.
- den Erhalt und Ausbau einer flächendeckenden Gerichtsstruktur für alle Gerichtszweige sowie die Erhöhung der Richter- und Staatsanwaltsstellen in Baden-Württemberg.
- den umfassenden Ausbau und entsprechenden Einsatz der Videokonferenztechnik in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, wie diese bereits am Verwaltungsgericht Sigmaringen angeboten wird, sowie bei den Landgerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

10. Wirtschaft, Digitalisierung und digitale Infrastruktur

Musterländle: Lange galt unser Bundesland als der Wirtschaftsmotor Deutschlands. Rund 23 Prozent der 63.158 Patente, die 2013 beim Deutschen Patent- und Markenamt angemeldet wurden, stammten aus Baden-Württemberg, das damit erneut nur noch auf Platz zwei hinter Bayern liegt (2011 noch auf dem Spitzenplatz). Doch so erfinderisch wie wir im Land der Tüftler auch sind: Die Ideen müssen auch zu marktfähigen Produkten entwickelt werden. Baden-Württemberg ist innerhalb der EU eine der Regionen mit dem höchsten Innovationspotenzial. Aber nicht nur die Technik, sondern auch neue Prozesse und Dienstleistungen sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg. Das Aufkommen neuer Wirtschaftszweige, welche sich den veränderten Konsummustern der Menschen anpassen, ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts.

10.1. Digitalisierung und Industrie 4.0

Der Erfolg meist amerikanischer Unternehmen wie Facebook, Google oder Apple zeigt, dass Entwicklungen in Bereichen des klassischen Internets und der gesellschaftlichen Vernetzung verschlafen wurden. Doch in Bereichen wie der Elektromobilität oder der Entwicklung von intelligenten Stromnetzen kann das Land auch in Zukunft einen Spitzenplatz in der Welt einnehmen.

- Digitalisierung und in diesem Zusammenhang die mutige Existenzgründung müssen wieder einen höheren Stellenwert bekommen! Das Wirtschaftsministerium darf daher nicht weiter Anhängsel des Finanzministeriums sein, sondern muss als „Zukunfts-ministerium“ für Wirtschaft, Digitalisierung und digitale Infrastruktur die wichtigen Themen für die Zukunft unseres Landes in die Hand nehmen.
- Wir wollen, dass das erste fahrerlose Auto, das in Serie geht, aus Baden-Württemberg kommt! Die Politik muss daher die Industrie 4.0 mit Zukunftstechnologien wie fahrerlosen Autos und neuen Antriebstechnologien fördern. Dies muss nicht primär durch eine finanzielle Förderung geschehen; wichtig ist insbesondere einerseits ein Know-How-Transfer zwischen Universitäten und den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der hier ansässigen Unternehmen, sowie andererseits, dass die rechtlichen Voraussetzungen schnell geklärt werden und Genehmigungen dort, wo sie nötig sind, schneller erteilt werden können.
- Wir müssen die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben. So soll die Verwaltung auf der einen Seite effizienter und bürgerfreundlicher werden, indem mehr Gänge zum Bürgerbüro durch einen Gang ins Internet ersetzt werden können. Dabei muss die Verwaltung auch Vorbild in Sachen Sicherheit und Datenschutz werden. Auf der anderen Seite müssen wir die Transparenz von Verwaltungshandeln erhöhen, indem möglichst viele

Daten, die ohnehin vorliegen und keine schutzwürdigen Interessen tangieren, in offenen, maschinenlesbaren Formaten öffentlich zur Verfügung gestellt werden („Open Data“).

- Um auch seltene Kulturgüter leicht verfügbar zu machen, ist die Digitalisierung von Büchern zur privaten oder wissenschaftlichen Nutzung durch die Landesbibliotheken voranzutreiben. Unser Ziel ist, dass langfristig alle Bücher, deren Urheberrechtsschutz abgelaufen ist, unbegrenzt verfügbar gemacht werden. Wo es sinnvoll ist, sind Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Anbietern anzustreben, um die Kosten für die öffentliche Hand zu begrenzen.

10.2. Digitale Infrastruktur

Die Digitale Agenda der Bundesregierung sieht vor, dass bis 2018 alle Haushalte über einen Internetanschluss mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s verfügen sollen. Wir halten dies jedoch nur für ein Etappenziel. Gerade Baden-Württemberg mit seinen wirtschaftlich starken ländlichen Regionen darf nicht abgehängt werden! Die Finanzierung einer flächendeckenden Glasfaservernetzung muss daher als eine der wesentlichsten Investitionen in die lokale Infrastruktur im 21. Jahrhundert gelten.

- Eine Geschwindigkeit von 100 Mbit/s im Download muss bis 2020 möglichst flächendeckend verwirklicht werden.
- Wir fordern die Investitionsquote für den Glasfaserausbau so auszurichten, dass bis 2024 über 50 % der Haushalte per FTTB (fibre to the building) angeschlossen sind und spätestens bis 2034 alle Haushalte über einen Glasfaseranschluss am Haus verfügen.
- Wenn die Menschen mobiler werden und wir Verkehr von der Straße bringen wollen, brauchen wir auch unterwegs schnelles Internet. Wir fordern daher den Ausbau von schnellen Mobilfunknetzen wie LTE sowie die Bereitstellung von kostenlosen WLAN-Hotspots in möglichst vielen Städten und Gemeinden sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Wir fordern die Etablierung von offenem WLAN. Die sogenannte Störerhaftung, die derzeit den Betrieb offener WLAN Netze oftmals verhindert, muss sinnvoll eingeschränkt werden. Baden-Württemberg soll sich daher auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Providerprivileg möglichst umfassend auf private Anbieter von Hotspots ausgedehnt wird.

10.3. Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

Der Staat muss der Wirtschaft die entsprechenden Rahmenbedingungen bieten und dabei auch auf den starken Mittelstand gerade in den ländlichen Gebieten eingehen. Nicht zuletzt diese Vielseitigkeit unserer wirtschaftlichen Struktur hat uns in den letzten Jahren erfolgreich durch die Krise gebracht. Aktuelle Beschlüsse wie der geplante Bildungsurlaub oder die Begrenzungen der Gemeinden bzgl. Flächenausweisungen zur Bebauung behindern eine dynamische Weiterentwicklung. Das Leben von der Substanz in den letzten Jahren schädigt unseren Standort

und gefährdet Arbeitsplätze, wir brauchen deshalb ein klares Bekenntnis für eine weiterhin erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung in unserem Land.

- Das Land Baden-Württemberg muss wieder auf der Seite seiner starken mittelständischen Wirtschaft stehen. Das bedeutet insbesondere, dass wir uns in allen Bereichen um Bürokratieabbau kümmern müssen. Ein Beispiel ist der grün-rote Bildungsurlaub, der in der jetzigen Form nicht zielführend ist.
- Die Künstlersozialkasse ist kritisch zu prüfen. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Unternehmen nur Abgaben zahlen müssen, wenn sie Aufträge an freischaffende Künstler vergeben, nicht aber bei Aufträgen an Gewerbetreibende.
- Das Land Baden-Württemberg sollte seine eigenen Marketing-Aktivitäten ausbauen und gezielter einsetzen: Diese sollen konkret darauf abzielen, den Tourismus als Wirtschaftszweig in Zukunft mehr zu fördern und über ein positives Bild des Landes dazu beizutragen, dass die schlauesten Köpfe nach Baden-Württemberg kommen.

10.4. *Existenzgründung und Gründungsklima*

Baden-Württemberg muss junge Gründer aktiver unterstützen. Dazu gehört auch, das Gründungsklima und den Mut der jungen Menschen, ihr eigenes Unternehmen auf die Beine zu stellen, zu fördern.

- Weniger Bürokratie fördert das Gründungsklima in Deutschland. Insbesondere in Fragen der Besteuerung müssen Unternehmen finanziell und administrativ entlastet werden. Eine Möglichkeit hierzu besteht beispielsweise bei der monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung.
- Die Zwangsmitgliedschaften in den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern sind – gerade mit Blick auf StartUps, die von ihrer Mitgliedschaft in der IHK auch nach der Beitragsbefreiung in den ersten Jahren oft kaum profitieren – kritisch zu überprüfen.
- In den Schulen wird leider oft wenig Wissen zum Thema Wirtschaft und Innovation weitergegeben. Dass mittlerweile grundständig ausgebildete Wirtschaftslehrer an die Gymnasien kommen, ist ein richtiger Schritt, aber noch lange nicht ausreichend. Es sollte daher stärker über Kooperationen mit lokalen Unternehmen und StartUps nachgedacht werden, die Möglichkeiten der dualen Ausbildung vorstellen oder ihre Erfahrungen mit Existenzgründungen weitertragen.

Anhang zu Kapitel 5

A1. Autobahnen

- Wir fordern den komplett sechsspurigen Ausbau der A 5 Karlsruhe – Basel, der A 6 Mannheim – Landesgrenze Baden-Württemberg / Bayern und der A 8 Karlsruhe – Ulm. Die A 5 ist zwischen Karlsruhe und Mannheim auf acht Spuren zu erweitern, ebenso die A 8 zwischen Leonberg und Wendlingen am Neckar. Außerdem fordern wir den sechs- bis achtspurigen Ausbau der A 81 zwischen dem Kreuz Stuttgart und Böblingen sowie den achtspurigen Ausbau der A 81 zwischen Zuffenhausen und dem Autobahnkreuz Weinsberg. Ebenso sind die Autobahnen im Großraum Mannheim entsprechend ausbauen.
- Um das Kreuz Stuttgart zu entlasten, fordern wie die Wiederaufnahme der Planungen des A-81-Lückenschlusses zwischen Gärtringen und Leonberg oder ersatzweise den vierspurigen und kreuzungsfreien Ausbau der Querachse B 464 / B 295 zwischen Böblingen/Hulb, Magstadt und Leonberg. Beide Varianten sind auf ihre Machbarkeit hin zu überprüfen.
- Wir fordern den durchgängigen Lückenschluss und Neubau der Bundesautobahn A 98 am Hochrhein zwischen der deutsch-französischen Landesgrenze (inkl. Neuer Rheinquerung), Weil am Rhein und Singen. Mit der Schweiz und dem Kanton Schaffhausen sind in diesem Zusammenhang Verhandlungen über eine Trassenführung auf Schweizer Gebiet zu führen. Auch eine Kompensation mit dem Thema Fluglärm darf hier von deutscher Seite kein Tabuthema sein.
- Der Ausbau von Autobahnen ist richtig und wichtig, aber das steigende Verkehrsaufkommen gerade im Viereck der Autobahnen A 5, A 6, A 8 und A 81 zwischen Mannheim, Heilbronn, Karlsruhe und Stuttgart kann allein dadurch nicht bewältigt werden; ebenso wenig die Verkehrsprobleme im Großraum Stuttgart. Daher fordern wir die Wiederaufnahme der Planung der verworfenen Alb-Neckar-Odenwald-Autobahn A 45 zwischen Aschaffenburg und Kirchheim/Teck, um das Verkehrschaos im Norden des Landes in den Griff zu bekommen, eine großräumige Autobahnumfahrung der Region Stuttgart herzustellen sowie die Metropolregionen Rhein-Main, Rhein-Neckar und Stuttgart durch eine weitere leistungsfähige Verkehrsachse miteinander zu verbinden sowie für die Region Heilbronn-Franken mit ihrem Oberzentrum eine direkte Anbindung an den Frankfurter Raum zu schaffen.
- Wir fordern, die A 81 westlich von Würzburg weiterzubauen, um diese direkt auf die A 7 zu führen und so den Parallelverkehr auf der A 3 zu umgehen. Darüberhinaus ist die A 3 im Bereich um Wertheim sechsspurig auszubauen.

A2. Bundesstraßen

- Für die B 10 (Karlsruhe – Stuttgart – Ulm) fordern wir den vierspurigen Ausbau zwischen Vaihingen und der A 81 und zwischen Göppingen und Geislingen; ebenso den ortsdurchfahrtfreien Ausbau zwischen Geislingen und Ulm. Im weiteren Verlauf der B 10 ist auch die B 35 zwischen Bruchsal und der A 5 weiter auszubauen. Zwischen Karlsruhe und Wörth fordern wir im Zuge des Ausbaus der B 10 die Realisierung der zweiten Rheinquerung und der Nordtangente.
- Für die B 14 (Stuttgart – Schwäbisch Hall) fordern wir die zweite Röhre für den Heslacher Tunnel in Stuttgart, den vierspurigen Ausbau zwischen Winnenden und Backnang sowie den ortsdurchfahrtfreien Ausbau, versehen mit Überholstreifen, zwischen Backnang und Schwäbisch Hall.
- Für die B 27 (Stuttgart – Rottweil) fordern wir durchgängig den sechsspurigen Ausbau zwischen der Anschlussstelle Aichtal und dem Autobahnanschluss an die A 8. Auf diesem Abschnitt ist zudem zu prüfen, ob die Einrichtung einer WC-Anlage sinnvoll ist. Außerdem fordern wir den vierspurigen Ausbau zwischen Tübingen und Balingen sowie den ortsdurchfahrtfreien Ausbau zwischen Balingen und Rottweil. Ebenso fordern wir den Ausbau dieser Trasse zwischen Donaueschingen und der Bundesgrenze zur Schweiz.
- Für die B 28 (Kehl – Freudenstadt – Tübingen) fordern wir den durchgängig ortsdurchfahrtfreien Aus- und Neubau der Trasse.
- Für die B 29 (Stuttgart – Aalen) fordern wir den komplett vierspurigen Lückenschluss zwischen Schwäbisch Gmünd (inklusive zweiter Tunnelröhre) und der A 7 bei Aalen. Außerdem fordern wir den Bau des Nord-Ost-Rings Stuttgart, welcher einen Anschluss an die B 27 bzw. die B 10 ermöglicht und somit eine Umfahrung von Stuttgart herstellt.
- Für die B 30 (Ulm – Friedrichshafen) fordern wir den komplett vierspurigen Lückenschluss zwischen Biberach und Friedrichshafen sowie eine autobahnähnliche Verknüpfung mit der B 31 am See. Um die B 30 und Oberschwaben leistungsfähig ans Autobahnnetz anzuschließen, unterstützen wir die Pläne Bayerns, die B 30 durch die vierspurige Südumfahrung (B 10n) von Neu-Ulm an die A 7 anzuschließen.
- Für die B 31 / B 311 (Ulm – Donaueschingen – Freiburg – Breisach) fordern wir den ortsdurchfahrtfreien drei- bis vierspurigen Ausbau der B311 zwischen Ulm und Donaueschingen (A 81), den vierspurigen Neubau der B 31 zwischen der A 81 und der A 5 bei Freiburg (inkl. Stadttunnel) sowie den zwei- bis dreispurigen Neubau der B 31 zwischen der A 5 und Breisach. Für letzteren ist der durch die Grünen verhängte Planungsstopp umgehend aufzuheben.
- Für die B 31 (Überlingen – Lindau) fordern wie den komplett vierspurigen Aus- und Neubau dieser Trasse als Ersatz für die verworfene Bodenseeautobahn.

- Für die B 33 (Singen – Konstanz) fordern wir den vierspurigen Lückenschluss zwischen Allensbach/West und Konstanz/Landeplatz.
- Für die B 312 (Reutlingen – Biberach – Memmingen) fordern wir den ortsdurchfahrtfreien Ausbau der Trasse.
- Ebenso fordern wir eine sukzessive Ertüchtigung der West-Ost-Schwarzwaldtrasse B 33 / B 296 / B 462 zwischen der Ortenau und Rottweil.

A3. Schienenverkehr

- Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm werden gebaut und sind unumkehrbar. Um den Flughafen optimal anzubinden, fordern wie die Realisierung des Filderbahnhofs plus. Dafür sind auch Landesmittel zu verwenden.
- Wir fordern die zügige Realisierung der ICE-Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar zwischen Frankfurt und Mannheim, um diese hochbelastete Lücke im deutschen und europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz endlich zu schließen.
- Wir fordern die zügige Realisierung der Rheintalbahn im Zuge der Neu- und Ausbaustrecke zwischen Karlsruhe und Basel. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch für den Bahntunnel in Offenburg aus.
- Wir fordern den Ausbau von Südbahn und Gäubahn sowie die Elektrifizierung der Südbahn als Zubringer der Magistrale für Europa zwischen Karlsruhe und Ulm.
- Wir sprechen uns für eine Ertüchtigung der Frankenbahn (Stuttgart – Würzburg) zu einer IC-Trasse bis spätestens zur Bundesgartenschau 2019 aus. Langfristig ist zu prüfen, ob eine Verlängerung der ICE-Trasse Hannover – Würzburg nach Stuttgart entlang der A 81 zu einer besseren Erschließung der Nord-Süd Achse sinnvoll wäre.
- Um das S-Bahn-Netz in Stuttgart zu verbessern und das Neckartal besser mit den Fildern zu verbinden, fordern wir einen Ringschluss der S 2 zwischen Filderstadt und Wendlingen. Dafür soll die geplante Erweiterung der S 2 bis Neuhausen um einen Streckenabschnitt zwischen Neuhausen und Wendlingen ergänzt werden.
- Wir fordern, dass aus der Linie S 60, die im Moment zwischen Renningen und Böblingen verkehrt, eine eigenständige S-Bahn-Linie mit dem Namen S 7 wird, welche von Renningen über Böblingen, Rohr und Flughafen/Messe bis nach Wendlingen fahren soll, um das bestehende S-Bahn-Netz und die A 8 durch eine südliche Ost-West-Umfahrung von Stuttgart zu entlasten.
- Wir fordern, dass der Landkreis Reutlingen durch einen Ausbau der S 2 über Filderstadt-Bernhausen hinaus sinnvoll an das Stuttgarter S-Bahn-Netz und den VVS angeschlossen wird.
- Wir begrüßen das „Karlsruher Modell“ einer Stadt-Umland-Bahn. Um die Attraktivität weiter auszubauen, ist zu prüfen, in wieweit auf der Achse im Zabergäu eine Ergänzung

nach Bretten und auf der Achse von Bad Friedrichshall nach Schwäbisch Hall ein Lückenschluss sinnvoll wäre.

- Die direkte Verknüpfung der Nagoldtalbahn mit der Gäubahn wäre ein wichtiges Beispiel für einen Lückenschluss, der in diesem Fall die A 81 aus Richtung Süden gen Stuttgart bedeutend entlasten würde.